

Internet-Blog

kreuz-und-quer.de

Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung

herausgegeben von

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 4. Quartal 2016

4 / 2016

Die Autoren:

Ulrike Ackermann, Jörg Alt, Stephan Eisel,
Roland Freudenstein, Benjamin Höhne,
Wolfgang Jäger, Wibke Janssen,
Hans Langendörfer, Hans Maier,
Heinz Neubauer, Klaus Preschle,
Reinhard Stuth, Rainer Wieland

Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative www.kreuz-und-quer.de zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog kreuz-und-quer.de veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf www.kreuz-und-quer.de

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktion:

**Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier,
Gerald Hagemann, Klaus Mertes, Ulrich Ruh
stephan.eisel@kreuz-und-quer.de**

Inhaltsverzeichnis

Hans Maier, Christliche Politik.....	Seite 04
Reinhard Stuth, Willkommen in der Klimapolitik.....	Seite 07
Ulrike Ackermann, Zur Wertschätzung der Freiheit in Deutschland.....	Seite 10
Benjamin Höhne, Populismus und Demokratie.....	Seite 12
Wibke Janssen, Evangelisch oder protestantisch – Wie hast du´s mit der Konfession.....	Seite 15
Rainer Wieland, Europas Zukunftswege.....	Seite 17
Stephan Eisel, warum Trumps Erfolg fatal ist.....	Seite 19
Heinz Neubauer, Estnische Erfahrungen.....	Seite 21
Wolfgang Jäger, Innerparteilich Willensbildung.....	Seite 24
Roland Freudenstein, Für einen europäischen Neuanfang.....	Seite 27
Klaus Preschle, CDU in der Strategiefalle ?	Seite 29
Jörg Alt, Steuern mit Steuern.....	Seite 32
Hans Langendörfer, Weihnachtswort 2016.....	Seite 34

3. Oktober 2016
Hans Maier

Christliche Politik

Ein Streifzug durch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Christliche Politik – ein gewichtiges Wort. Wann habe ich es zuerst gehört? Das war in meiner Schülerzeit, in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals sprach Leo Wohleb, der spätere badische Staatspräsident, im Kaufhaus in Freiburg über die aktuelle Situation. Seine Rede begann mit folgenden Sätzen:

„Das Spiel vom Antichrist ist aus. Es hat geendet, wie es enden musste: Die Teufel sind wieder in der Hölle verschwunden, die Götzen von ihren Sockeln herabgestürzt, und gesiegt hat über die Lüge der wahrhaftige Gott, über Verbrechen und Gewalttaten Gottes Gerechtigkeit, und Not und Elend wird Gottes Barmherzigkeit wenden.“

„Zuviel Pathos!“ – so reagieren wir heute, wenn wir so etwas hören. Aber damals war dieser Ton weit verbreitet; in mehreren der in dieser Zeit entstandenen Landesverfassungen herrscht er vor. So gibt sich Bayern 1946 eine demokratische Verfassung – ich zitiere – „angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat“. Und drei Jahre später beginnt das Grundgesetz wie bekannt mit den Worten: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen...“

Also: Abscheu gegenüber der „gottlosen“ Vergangenheit, Besinnung auf Gott, den Schöpfer und Erhalter der Menschheit, Forderungen nach einer christlichen Politik in Gegenwart und Zukunft – das war der politische Grundton in jener Zeit. In der Schrecksekunde nach dem Zusammenbruch erschien Politik aus christlicher Verantwortung als ein Gebot der Stunde. Und diese Stimmung reichte weit über den Kreis der Kirchentreuen, religiös Gebundenen hinaus.

Es blieb nicht bei verbalen Bekenntnissen und Vorsätzen. Man suchte nach konkreten Formen politischer Realisierung des Christlichen. 1945/46 wurde die christlich-demokratische und die christlich-soziale Union gegründet. Ihre Gründung hatte einen doppelten Zweck: Es galt die Weimarer Parteienzersplitterung durch eine Sammlung in der Mitte zu überwinden – und es galt der jahrhundertalten konfessionellen Trennung die politische Zusammenarbeit der Konfessionen entgegenzusetzen.

Die CDU/CSU war eine Nova am deutschen Parteienhimmel. Zum ersten Mal erschien das Wort „christlich“ in einem Parteinamen (wenn man vom evangelischen „Christlich-Sozialen Volksdienst“, einer kleinen Partei der Weimarer Zeit, absieht). Das war neu und sicherlich ein Wagnis. Das Wort „Union“ zielte nicht nur auf die Parteiorganisation, es hatte auch einen ökumenischen Hintergrund. Mein historischer Lehrer Gerhard Ritter, ein evangelischer Christ und Widerstandskämpfer, der 1944/45 mit knapper Not dem Galgen entgangen war, hat uns Studenten oft geschildert, wie sich evangelische und katholische Gefangene in Berlin nach ihrer Befreiung im April 1945 in den Armen lagen: „Das war“, so pflegte er zu sagen, „der Anfang der Union.“

Zwischen den Konfessionen wurde vieles anders nach dem 8. Mai 1945. Die alten geschlossenen Konfessionsgebiete verschwanden, lösten sich auf in der riesigen Wanderungs- und Mischungsbewegung der deutschen Bevölkerung 1944-1947. Das Zeitalter des *Cuius regio eius religio* ging zu Ende. Wechselseitige Rücksicht zwischen den Kirchen entwickelte sich. Es kam zu interkonfessio-

nellen Initiativen. Sie traten an die Stelle des alten Nebeneinander – oft auch Gegeneinander – der Bekenntnisse. Auch in den Ausdrucks- und Wirkungsformen übernahm man jetzt vieles voneinander: so traten seit 1949 Evangelische Kirchentage neben die schon hundert Jahre alten Katholikentage. Umgekehrt übernahmen die Katholiken von den Evangelischen die Einrichtung kirchlicher Akademien - so ist z. B. die Evangelische Akademie Tutzing ein volles Jahrzehnt älter als die Katholischen Akademie in Bayern.

Die neuen Initiativen wurden in den fünfziger Jahren vor allem in der Außenpolitik spürbar. Die europäische Integration wurde zu einem zentralen Kennzeichen, einem Markenzeichen der christlichen Demokratie, in Frankreich, Italien, Deutschland und den Beneluxländern. Gemeinsam mit Robert Schuman, Alcide De Gasperi, Joseph Bech, Paul-Henri Spaak unternahm es Konrad Adenauer, den geschlagenen Deutschen eine neue Heimat in der europäischen Gemeinschaft zu geben. Definitiv schlug die deutsche Politik den Weg nach Westen ein; er sollte sich bald als endgültig und unumkehrbar erweisen. Spätere Bundeskanzler haben dann ähnliche Wege nach Osten gebahnt – so Brandt, Scheel und Schmidt. Helmut Kohl gelang schließlich – auf den Spuren Adenauers – die Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands und Hand in Hand damit die offizielle Beendigung des Krieges in Gestalt des 2+4-Vertrages. Wir stehen heute mittenin in der – bislang – längsten Friedensperiode unserer Geschichte, ohne Gegner oder gar Feinde an unseren Grenzen – vielmehr, wie man zurecht gesagt hat, „umzingelt von Freunden“.

Ich will hier keinen Abriss der deutschen Nachkriegspolitik geben. Aber ich sehe die Anstöße, die ich in meiner Jugend erlebte, bis heute in der deutschen Politik weiterwirken, auch wenn sich manches im Lauf der Zeit abgeschwächt und routinisiert hat. Die Haltung Deutschlands in der europäischen Flüchtlingsfrage 2015/16, die generelle Offenheit gegenüber Schutz- und Hilfesuchenden, erscheint mir als konsequente Fortsetzung jener Hinwendung zu Europa in den Fünfzigerjahren. Sie macht deutlich, dass für ein geeintes, der Humanität verpflichtetes Europa Freiheit nicht nur im Inneren gilt, sondern auch Wirkungen nach draußen entfaltet. Notabene: Alle diese Anstöße, damals wie heute, gingen und gehen von Politikern aus, die sich als Christen bekennen, die zum mindesten ein persönliches Verhältnis zur christlichen Überlieferung haben. Unter den 11 Bundespräsidenten und den 8 Bundeskanzlern der Bundesrepublik Deutschland war bisher kein dezidiertes Nicht-Christ.

Da ich in der Adenauerzeit politisch geprägt wurde, da ich einer christlich-sozialen Partei angehöre und da ich einen Teil meines Lebenswerkes der Erforschung der christlichen Demokratie gewidmet habe, bin ich auch sensibel, wenn sich Grundsätzliches verändert, wenn Fundamente einbrechen, die lange Zeit als fest, ja unerschütterlich galten. Das betrifft nicht nur das C, das Christliche, es betrifft auch das U, die Union.

Dass christliche Werte in der Öffentlichkeit schwächer werden, wenn die Kirchen laufend Mitglieder verlieren, das ist ein wohl unvermeidlicher Prozess. Er geht eher schleichend als in großen Schüben und Stößen vor sich. Noch umfassen die großen Kirchen annähernd zwei Drittel der Bevölkerung. Noch hat sich unser vom Christentum geprägter Jahres-Festkalender kaum verändert. Feste kirchlichen Ursprungs und christliche Rituale umgeben nach wie vor die „Passagen“ unseres Lebens, wenn auch ihr Einfluss nicht mehr so deutlich spürbar wird wie früher und vieles inzwischen einfach ein Stück Gewohnheit ist. Aber wir leben noch immer in einer Welt, die vom christlichen Verständnis des Lebens geprägt ist: Nicht nur, dass wir unsere Jahre nach Christi Geburt datieren, wir empfinden auch unser Leben, christlicher Vorstellung folgend, als einen einmaligen, unumkehrbaren, unwiederholbaren Akt, als ein Geschehen, für das wir Verantwortung tragen und das auch unsere unmittelbare Umgebung verpflichtet. Die nachreligiöse Gesellschaft, in die wir uns hineinbewegen, ist keine irreligiöse Gesellschaft; sie hat sich nur von ihren religiösen Ursprüngen

entfernt – manchmal so weit, dass sie zwar noch deren Wirkungen wahrnimmt, aber den dahinterliegenden Sinn nicht mehr erkennen und weitervermitteln kann.

Das schwindende Christliche lässt auch eine Partei nicht unberührt, die sich nach ihm benennt. Trägt es noch genügend, ist es noch breit und stark genug? Oder ist es nur noch eine verblassende Erinnerung, sollte man das also das C ehrlicherweise aus dem Parteinamen streichen? Ich bin dagegen, dass man es tut. Aber man muss sich bewusst sein, dass die vorpolitische Stärke des Christlichen, wie sie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bestand – als Reaktion auf den „Antichrist“, wie man damals empfand –, im Jahr 2016 nicht mehr so unmittelbar und direkt gegeben ist. Also kann man das Christliche nicht mehr, wie früher, einfach voraussetzen, man muss sich neu darauf besinnen, muss es neu zu formulieren versuchen. Was uns trägt, muss sichtbar gemacht, muss vergegenwärtigt werden. Hier müssen wir unkonventionelle neue Mittel und Wege finden. Steht doch für große Teile Europas ohnehin der Versuch einer Neuevangelisierung an. Sonst gerät der Kontinent ins Abseits in einer Welt, in der das Religiöse neue, oft verzehrende Kraft gewinnt.

Größere Sorge macht mir im Augenblick die Krise der Union. Es ist eine politische Krise; denn die ökumenische Seite hat ihre Bewährungsprobe längst bestanden; hat doch gerade die Flüchtlingsfrage die beiden Kirchen in Deutschland enger zusammengeführt als je zuvor. Doch der überflüssige Streit zwischen CSU und CDU droht die dringend notwendige Gemeinsamkeit zu erschüttern. Alte Illusionen feiern fröhliche Wiederkehr – so die Meinung, man könne mehr Wähler erreichen, wenn man getrennt statt vereint marschiert. Doch bei Parteien, die sich beide christlich nennen, heißt getrennt marschieren notwendig: gegeneinander marschieren. Und kein Kampf ist erbitterter als der Kampf um die selben Wähler.

Überschätze ich den Symbolwert des Wortes Union? Ich meine nicht. Für mich reicht Union über die Parteipolitik hinaus. Es markiert einen geschichtlichen Neuanfang nach vierhundert Jahren konfessioneller Zerklüftung – und es hat Bedeutung auch für den landsmannschaftlichen und politischen Zusammenhalt von Süd und Nord, von bayerischen und außerbayerischen Traditionen. Union, das heißt Gemeinsamkeiten suchen, statt Unterschiede zu betonen. Ich hoffe sehr, dass die Vernunft noch vor der nächsten Bundestagswahl zurückkehrt und dass die Kontinuität erhalten bleibt, die Deutschlands politischen Weg in und mit Europa in vielen Nachkriegsjahrzehnten ausgezeichnet hat.

***Hans Maier (1931)** wurde 1962 Professor für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilian-Universität München und war 1970 bis 1986 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus sowie von 1976 bis 1988 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. 1988 bis 1999 war er ordentlicher Professor für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Universität München (Guardini Lehrstuhl).*

10. Oktober 2016

Reinhard Stuth

Willkommen in der Klimapolitik

Eigentlich ist mit der Energiepolitik alles ganz einfach. Atomenergie ist unbezahlbar und niemand will ein Endlager in der Nähe. Kohle schadet dem Klima, der Gesundheit, der Landschaft und ist volkswirtschaftlich viel zu teuer. Gas macht abhängig von Lieferländern mit zweifelhaftem Ruf. Erneuerbare Energien kosten ebenfalls Geld und Windräder stören die Sicht. Die großen Strom-Übertragungsleitungen stehen allen im Weg.

Deutsche Energiepolitik hat für diese schwierig anmutende Lage eine einfache Antwort: Der Staat subventioniert alles gleichzeitig. Fast alle sind zufrieden: Die Kohle-Freunde in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg, die Elefanten der alten Energiewirtschaft, die gestützt werden, weil sie viel zu spät auf die Anforderungen der Klimapolitik reagierten, der Bundesfinanzminister, der sich über die Doppelbesteuerung durch Stromsteuer sowie Umsatzsteuer auf die EEG-Umlage freut, und der bayerische Ministerpräsident, weil die Übertragungsnetz-Betreiber die neuen Leitungen in der Erde verbuddeln - koste es, was es wolle.

Es gibt aber auch Verlierer: Die gewerblichen und privaten Verbraucher und der Mittelstand. Der Bundestag verstärkt diese Nachteile, indem er Mittelstand und Haushalte bei der EEG-Umlage zusätzlich belastet, um so die besonders energieintensive Großindustrie von der Umlage zu befreien. Und die Mittelstandsvereinigung der CDU/ CSU kämpft für die großen Kohle-Oligopole und lässt die weitgehend mittelständisch geprägte Erneuerbare Energien-Branche politisch im Stich.

Diese Energiepolitik klingt unvernünftig und sie ist es auch. Sie braucht einen neuen Kompass. Fünf Fixpunkte seien genannt:

Der Strombedarf nimmt rapide zu

Bislang debattierte Deutschland überwiegend über Strom. In Zukunft werden Mobilität und Wärme gleichrangig. Die Mobilität steht in einem radikalen Wandel: Strom wird Öl als Leitenergie ablösen. Egal, ob die Fahrzeughersteller sich für die Batterie-, Wasserstoff- oder eine hybride Technologie entscheiden: Die künftige Mobilität ist weitgehend elektrisch. Gleiches gilt für die Wärmeversorgung. Das ist in Deutschland auch politisch gewollt und gefördert.

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und zur Sicherung der Netzstabilität führt diese neue Stromnachfrage zu einer weitgehenden Markt- und Infrastruktur-Koppelung der bisher getrennten Sektoren Strom, Mobilität und Wärme. Energiepolitik heißt in Zukunft: Ausreichend Strom bereit stellen.

Der steigende Strombedarf wird aus erneuerbaren Energien gedeckt

Diese stark zunehmende Strom-Nachfrage können wir in Deutschland überwiegend aus erneuerbaren Energien decken. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist unwiderruflich. Eine Rückkehr zur Braun- und Steinkohle wäre ein Bruch des Klimaabkommen von Paris. Die massive Vergrößerung des Erdgas-Anteils beeinträchtigte die Versorgungssicherheit.

Nur die erneuerbaren Energien garantieren eine sichere, klimaschonende und kostengünstige

Versorgung. Die Gestehungskosten für Wind- und Solarstrom sinken von Jahr zu Jahr. Bei einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind sie heute schon mit Kohle-Kraftwerken wettbewerbsfähig. Die erneuerbaren Energien werden zur Leitenergie der Welt.

Aus Energie-Importen werden heimische Investitionen. Der wirtschaftliche und technologische Nutzen ist offenkundig.

Es geht vorrangig um Klimapolitik

Die deutsche Energiedebatte ist oft auf wenige Kostenaspekte verengt. Dieses führte zwar zur sinnvollen Überführung der erneuerbaren Energien in den Wettbewerb. Deutschland hinkt aber vielen Industrieländern von Kanada über Chile bis Japan und China hinterher. Spätestens seit den Klima-Zielen von Paris gilt eine neue Zeitrechnung.

Politische Verantwortung verlangt dringender denn je eine offene Debatte über die enormen Kosten, die Bürgern, Verbrauchern, Landwirtschaft, Industrie und heimischer Natur durch den Klimawandel entstehen. Zunehmend Hochwasser in Bayern, Starkregen in Nordrhein-Westfalen, Sandsturm in Mecklenburg, häufige Waldbrände, extrem teurer Küstenschutz in Hamburg - der Klimawandel kommt unser Land immer teurer zu stehen. Hinzu kommen einschneidende Maßnahmen gegen Feinstaub in den Städten.

Klimapolitik ist Haushalts-, Wirtschafts- und Generationenpolitik. In der globalisierten Welt ist Klimapolitik eine Frage von Gesundheit, Lebensqualität, Lebenserwartung und zunehmend von Frieden und Flüchtlingen. Andere Länder erkannten vor uns: Gewinner ist, wer als erster Lösungen gegen den Klimawandel entwickelt und am Markt anbietet.

Wichtig ist daher ein wirksamer Preis für den CO₂-Ausstoß. Deutschland sollte auf die Reform des EU-Treibhausgas-Emissionshandels drängen. Dieses ist auch ein Thema der Marktwirtschaft und Gerechtigkeit.

Dezentrale Erzeugung, Speicherung, Verteilung und digitale Vernetzung prägen die Energieversorgung

Die Energieversorgung der Zukunft wird vernetzter, regionaler und dezentraler. Hierfür gibt es schon Lösungen. Sie haben neue Namen: Elektromobilität, Speicherung, Digitalisierung. Alles wird intelligenter, technologie- und IT-orientierter.

Das Beispiel der Speicher zeigt: Vom Batteriespeicher im Keller des Privathauses bis zum Wasserstoff-Großspeicher der Industrie bringt die neue Energiewelt allen gute Chancen. Immer mehr Kleinunternehmer, Landwirte, Mittelständler und Bürger erzeugen oder speichern selber Strom. Sie sind zu unterschiedlichen Zeiten des Tages, des Monats mal Nachfrager, mal Anbieter von Elektrizität.

Die Politiker in Deutschland sollten die großen neuen Chancen für Informatiker, Ingenieure, Techniker und Handwerker erkennen und nutzen.

Der Mittelstand hat die technischen, finanziellen und regionalen Lösungen

Die Energieversorgung der Zukunft bringt mehr Markt und mehr Wettbewerb. Die erneuerbaren Energien sind von der Projektierung über den Bau und die Finanzierung bis zum Betrieb geprägt

durch innovative, dynamische, kleine und mittlere Unternehmen. In der alten Energiewelt der Atom- und Kohlekraftwerke gab es dagegen nur wenige Elefanten. Sie wurden immer träger und verteilten über viele Jahre ihre riesigen Überschüsse statt zu investieren. Jetzt suchen sie Schutz bei Vater Staat. Eine soziale Abfederung des Strukturwandels ist gut. Aber Wettbewerb geht anders.

Der Mittelstand beweist dagegen jeden Tag aufs Neue, dass er schnell und wendig genug ist, die benötigten technischen, finanziellen und regionalen Lösungen bereit zu stellen und Versorgungssicherheit vor Ort zu gewährleisten.

Der Mittelstand ist vor Ort verwurzelt. Er kann lokale und regionale Lösungen verwirklichen und regionale Wertschöpfung garantieren. So erreicht er weitaus erfolgreicher Einvernehmen und Beteiligung der Menschen und der Kommunalpolitiker vor Ort. Das klimapolitisch Notwendige kann eben nur gelingen, wenn die Menschen durch Wertschöpfung, finanzielle und politische Beteiligung sowie Respekt vor der Natur überzeugt werden.

Am Ende geht es für alle Beteiligten darum, die neue Energiewelt mit zu gestalten als nur von ihr gestaltet zu werden.

***Reinhard Stuth** (1956), war persönlicher Referent von Bundespräsident von Weizsäcker, Leiter der Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag und Bratislava sowie Staatsrat, Bevollmächtigter beim Bund und bei der EU sowie Senator in Hamburg. Seit 2009/ 2011 ist er Unternehmer (Geschäftsführer HanBao Neue Energien GmbH) und Rechtsanwalt.*

Ulrike Ackermann

Zur Wertschätzung der Freiheit in Deutschland

Westliche Werte und Lebensstile, die in diesen Werten gründen, sind von unterschiedlichen Seiten unter Beschuss geraten: Von außen werden sie von Islamisten attackiert; auch Moskau führt einen Propagandafeldzug gegen westliche Liberalität und »Dekadenz«, besonders gegen Homosexualität. Zudem bedienen in ganz Europa rechts- und linkspopulistische Bewegungen und Parteien Antiwestliche Ressentiments, die unseren Lebensstil in Frage stellen.

Was ist das Besondere dieses Lebensstils? Gerahmt ist er von Demokratie, Rechtsstaat, Gewaltenteilung und sozialer Marktwirtschaft. Neben der Achtung der Menschenrechte, der Trennung von Staat und Kirche bzw. Gesellschaft und Religion zählen die Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit, Schutz von Minderheiten und die Wertschätzung des Individuums und seiner individuellen Freiheiten gegenüber dem Kollektiv zu diesem Wertekanon.

Daraus ergibt sich für den westlichen Lebensstil: freiwillige Bindungen, die nicht auf Zwang beruhen, Gleichberechtigung der Geschlechter, sexuelle Selbstbestimmung, Vielfalt der Lebensstile, Wahlfreiheit, Toleranz, Skepsis gegenüber alten Gewissheiten und das Recht auf Irrtum. Dazu gehören in jedem Fall die diesseitige Lebenslust im Unterschied zu religiöser Jenseitigkeit, Tanzen, Singen, Lachen und Trinken im öffentlichen Raum, kurzum der Hedonismus und die individuelle Suche nach dem Glück. Darf oder soll man gar nach einer massenmörderischen Attacke auf die diesseitige Lebenslust unbeirrt weiter tanzen, lachen und trinken – als offensive Verteidigung unseres westlichen Lebensstils?

Die Diskussionen bei uns in den letzten Monaten darüber, ob der Begriff »westliche Werte« zuträglich, nötig oder überflüssig sei, hat gezeigt, dass die westlichen Selbstzweifel im Hinblick auf unsere normativen Grundlagen und die damit verbundenen Lebensstile im Raum stehen. Die Geißelung westlicher Dekadenz und diverse Spielweisen von Zivilisations-, Konsum-, Wachstums- und Kapitalismuskritik im Westen selbst sind nicht neu. Sie tönen von rechter wie von linker Seite, sind oft durchsetzt von Kulturpessimismus und Fortschrittsskepsis und warnen vor Entfremdung. Oft wird darin der Natur das Gute und dem Menschen das verderbt Böse zugeschrieben. Der westliche Lebensstil, hört man zuweilen gar, mache Seele und Körper krank.

Das John Stuart Mill Institut hat in seinem jährlichen „Freiheitsindex“ in Fortsetzung des letztjährigen Arbeitsschwerpunktes 2017 Fragen zum Schwerpunkt »Westlicher Lebensstil« eingearbeitet:

64 Prozent der Befragten gehen von einem besonderen »westlichen Lebensstil« aus. Demokratie, Rechtsstaat und Freiheitsrechte zählen ebenso wie schon bei der Erhebung zu den westlichen Werten im letzten Jahr zu den Kernelementen. An erster Stelle steht in diesem Jahr bei der Charakterisierung des westlichen Lebensstils die »Gleichberechtigung der Geschlechter«, gefolgt von der »Meinungs-, Presse- und Redefreiheit«, den »Freiheitsrechten allgemein und der Freiheit der individuellen Lebensgestaltung«. Das heißt, neben der Gleichberechtigung wird die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Lebensentwürfe ausdrücklich als Kennzeichen des westlichen Lebensstils gewürdigt.

Über das Ausmaß der Gefährdung dieses Lebensstils ist sich die Bevölkerung unsicher. Genannt

werden vor allem die Zuwanderung, der Islam und Terroranschläge, allesamt Bedrohungen, die von außen kommen. Im Langzeittrend ist in diesem Zusammenhang eine Rückkehr zu klassischen bürgerlichen Tugenden zu beobachten. Als Erziehungsziele werden an erster Stelle »Höflichkeit und gutes Benehmen«, gefolgt von »Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen«, »Ehrlichkeit«, »Aufrichtigkeit« und »Hilfsbereitschaft« genannt. 40 Prozent der Befragten betrachten das Leben in erster Linie als eine Aufgabe; fast gleich viele, nämlich 39 Prozent wollen das Leben vor allem genießen. Das heißt Hedonismus und Selbstverpflichtung halten sich als Lebensvorstellung fast die Waage und stehen nicht in Widerspruch zueinander.

Um den Zeitgeist zu erspüren, eignet sich besonders gut das Fragenmodell, was zur Zeit »in« und was »out« ist, das das Allensbacher Institut seit den 1980er Jahren anwendet. In diesem Zeitgeist-Panorama der »In-Liste« sind gegenwärtig auf dem ersten Platz »Bio-Produkte«, gefolgt von »Fitness«, »Sport treiben« und »Gesunde Ernährung«. Erst dann folgt »das Leben genießen« und »die Karriere«. Die »Freiheit« ist in dieser Rangfolge dem »Umweltschutz« nachgeordnet.

Dieses Fragenmodell misst ausdrücklich nicht die eigene Meinung oder das Verhalten der Befragten, sondern das gesellschaftliche Meinungsklima. Denn empirisch liegt der reale Anteil der Bioprodukte am gesamten Lebensmittelumsatz bei nur 4 Prozent. In der »In-Liste« werden aber auch »das Leben genießen« oder »Flirten« und »gutes Benehmen« genannt. Out sind inzwischen offensichtlich traditionelle Familienmodelle: Für 71 Prozent der Befragten ist die Hausfrauenrolle passé. Auch »religiös, gläubig sein« und »in der Kirche beten« sind für 53 Prozent der Bevölkerung out. Der Zeitgeist ist tendenziell »grün« und gesundheitsbewusst, geprägt von der Wertschätzung bürgerlicher Tugenden und der Ablehnung der Rollen der alten Geschlechterordnung und traditioneller Familienmodelle. Genuss und Hedonismus vertragen sich damit, solange der ökologisch gesteckte Rahmen eingehalten wird.

Auch wenn Unsicherheit im Hinblick auf die Bedrohung des westlichen Lebensstils besteht, ist dessen Wertschätzung insgesamt groß. An vorderster Stelle rangiert die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Pluralität der Lebensstile, die Freiheitsrechte insgesamt und vor allem die Freiheit, sein persönliches Leben gestalten zu können. Das ist ein erfreulicher Befund, der trotz der schwierigen Weltenlage und den anhaltenden Angriffen auf unsere Lebensweise im Westen Anlass zu Optimismus gibt.

***Prof. Dr. Ulrike Ackermann** (1957) Sozialwissenschaftlerin, hat Soziologie, Politik, Neuere Deutsche Philologie und Psychologie in Frankfurt studiert. Sie lebt und arbeitet als freie Autorin in Frankfurt/Main und ist Professorin für Politikwissenschaft und seit 2008 Gründerin und Direktorin des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung in Heidelberg.*

Den „Freiheitsindex 2016: Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit? Schwerpunkt Westlicher Lebensstil“ finden Sie hier:

http://www.mill-institut.de/uploads/cps_jsm_custom/Ergebnisdossier_Freiheitsindex_2016.pdf

24. Oktober 2016

Benjamin Höhne

Populismus und Demokratie

Warum Populismus für die Demokratie nicht nur schlecht sein muss und wie man ihm begegnen kann

Populismus ist eine über Deutschland hinaus verbreitete Erscheinung, die sich durch einen „volksnahen“ Stil der politischen Kommunikation von Parteien auszeichnet, deren Protagonisten nicht an einer verantwortlichen Lösung politischer Probleme interessiert sind, sondern auf bloße Stimmungsmache und größtmöglichen Stimmenfang setzen. Im Zuge dessen wird manche etablierte Partei zurechtgestutzt, manche gleich ganz davon geblasen, manche verschwindet in der politischen Versenkung. Andere Parteien wiederum klammern sich im Gegenwind aneinander oder lassen sich dazu hinreißen, ebenfalls populistische Töne anzustimmen.

Schenkt man den Worten von Angela Merkel oder Jean-Claude Juncker Glauben, ist Populismus für die Demokratie gefährlich. Diese Einschätzung muss man jedoch nicht teilen. Im Gegenteil, es besteht überhaupt kein Grund zum Alarmismus. Entscheidend beim Umgang ist nicht dessen Verteufelung, sondern der Glaube an die Demokratie und das Eintreten für eben jene. Gelassenheit ist angebracht. Nicht jeder Effekt des Populismus ist schlecht. Vor allem: Es kann ihm begegnet werden.

Parteienkonstellation in Bewegung

Bei der jüngsten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern hatten die etablierten Parteien eines gemeinsam: Sie haben prozentual an Stimmen eingebüßt. Einziger Gewinner war die Alternative für Deutschland. Die Grünen verlassen den Landtag in Schwerin, ebenso die NPD. Erneut an der Sperrklausel gescheitert sind die Liberalen. Die Linken verbuchen eines ihrer schlechtesten Wahlergebnisse innerhalb ihrer angestammten Region, dem Osten der Republik. Sozialdemokraten und Christdemokraten rücken wieder zusammen und bereiten die Neuauflage einer – allerdings geschrumpften – Großen Koalition vor. In Berlin würde es nach der Abgeordnetenhauswahl im September dieses Jahres nicht einmal mehr dafür reichen; dafür ziehen dort die Liberalen wieder ein und die Postsozialisten besetzen ein paar mehr Sitze als bisher. Bei den akkordartig mahnenden Worten von Christsozialen aus Bayern, die vermeintlichen Sorgen und Nöte der Menschen „endlich“ ernst zu nehmen, schimmert nur allzu deutlich die Angst vor der Konkurrenz von rechts durch. So oder so ähnlich wird es wohl bei den kommenden Wahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein- Westfalen bis zur Bundestagswahl im Herbst 2017 weitergehen.

Erfolgsrezept der „Alternative“

Nach derzeitiger Stimmungslage würde die AfD ohne Anstrengung in den Bundestag ziehen. Keine allzu große Hoffnung sollte man sich machen, dass sie sich von selbst „zerlegt“. Wahlerfolge und Parlamentsmandate übertünchen schwelende innerparteiliche Kontroversen, zumindest derzeit. Viel eher sollte man sich darauf einstellen, dass sie länger überdauern wird als Schill-Partei oder Statt Partei, die sich nur mit Mühe eine Legislaturperiode und auch nur in einem Landesparlament halten konnten. Anders als die kleinen rechtspopulistischen Vorläufer zeigt sich die selbsterklärte „Alternative“ thematisch flexibler und sensorisch nicht ungeschickt darin, immer diejenige Welle zu reiten, die gerade ein „Top-Aufreger“ ist. Dies war zuerst die Euro- und Finanzkritik. Seit dem vergangenen Jahr bzw. nach der Abspaltung ihres Wirtschaftsflügels ist es das Megathema „Geflüchtete“. Unabhängig von Themenkonjunkturen besitzen die Rechtspopulisten Rückhalt in

einem Milieu, zu dem Personen gehören, die mit der etablierten Politik unzufrieden sind, sich von ihr überfordert oder abgehängt fühlen, die Abstiegs- und Überfremdungsängste haben, Unbehagen am Fortschritt generell empfinden oder einfach nur demokratiemüde sind und sich bereitwillig von Provokationen à la Trump unterhalten lassen.

Kompromiss + Verantwortung = Parteiendemokratie

Gewiss muss Politik kritisiert werden können. Sicherlich läuft auch nicht alles so, wie es sich jedermann wünscht. Doch es gibt in der Demokratie nun mal keine einhundertprozentige Zufriedenheits-Garantie für jedermann. Anders als die AfD tragen CDU, CSU, SPD, Bündnisgrüne, FDP und sogar die gelegentlich das Gewand einer Protestpartei tragende LINKE im Bund und/oder in den Ländern Regierungsverantwortung. Deren politisches Gestaltungsvermögen wird eingeschränkt durch mindestens einen, zunehmend sogar zwei Koalitionspartner. Zudem sind geltende Gesetze, Haushaltsrestriktionen, bürokratische Prozeduren und miteinander verflochtene Abhängigkeiten von Land, Bund und Europa zu bedenken. Mit solchen Restriktionen muss sich die AfD nicht auseinandersetzen, geschweige denn arrangieren. Kompromisse braucht sie nicht einzugehen. Sie spielt nur die populistische Karte. Bestens versteht sie sich darauf, vereinfachte Antworten auf schwierige Fragen zu geben, selbst wenn sie außerhalb miefig-piefiger Stammtische in Hinterzimmern gar niemand gestellt hat.

Populismus aktiviert Demokraten

Dieser Stil der politischen Kommunikation verfängt in Teilen der Bevölkerung. In anderen ruft er jedoch Ablehnung hervor. Mobilisierung führt zu Gegenmobilisierung. So ist die Wahlbeteiligung bei allen Landtagswahlen in diesem Jahr gestiegen, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt um zehn Prozentpunkte, in Rheinland-Pfalz um neun, in Berlin um knapp sieben und in Baden-Württemberg auf einem höheren Ausgangsniveau immerhin um vier. Der Trend sinkender Wahlteilnahme ist nicht nur gestoppt, sondern hat sich umgekehrt. Dies kann zunächst einmal als ein gutes Zeichen interpretiert werden, ist doch jede Spielart der Demokratie auf die Bereitschaft möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger angewiesen, eigene politische Präferenzen zu bekunden und vor allem einzubringen.

Nicht minder wichtig sind verantwortungsvoll gegenüber gesellschaftlichen und politischen Gesamtzusammenhängen handelnde Politiker mit Identifikationspotenzial und einer breitenwirksamen Ausstrahlungskraft. Vielleicht lässt sich aus der Geschichte demokratischer Staatlichkeit die Anregung gewinnen, dass Demokratie und politische Führung auch in der mit individuellen Mitgestaltungsoptionen angereicherten Repräsentanten-Demokratie des 21. Jahrhunderts in einem fruchtbaren Spannungsverhältnis zueinanderstehen können, so wie sie es in der originär plebiszitären Demokratie vor unserer Zeitrechnung einst taten.

Demokratie und politische Führung gehören zusammen

Demokratie war von Anbeginn an eng mit politischer Führung verbunden. Die attischen Stadtstaaten organisierten ihre Meinungsbildung plebiszitär. Entscheidungen wurden aus der Mitte des partizipationsberechtigten Bürgertums heraus getroffen, direkt und unmittelbar. Genauso bekannt ist die Wiege der Demokratie aber für ihre charismatischen Führer. Auf festem demokratischen Grund bildete sich eine politische Führerschaft heraus, die dann besonders erfolgreich war, wenn sie auf die Befindlichkeiten der Bürger einging, sie mit rhetorischem Geschick für Ideen und Ziele begeisterte, auch im Schlagabtausch konträrer Argumente, Mehrheiten bildete und auf dieser Basis politische Handlungsfähigkeit herstellte. Die Leistungsstärke der direkten Demokratie zeigte sich gerade in Krisensituationen, bei denen weniger der Diskurs, sondern mehr die Entschlossenheit ihrer Anführer geboten waren.

Kehrseite der Parteikarriere

Verglichen mit Perikles & Co. mutet der typische Politiker in der konstitutionell repräsentativ verfassten Demokratie unserer Zeit mitunter etwas „blutleer“ an. Popularität ist nicht gerade seine ihn rühmende Eigenschaft. Üblicherweise hat er eine Parteikarriere durchlaufen, die mit jedem Aufstieg charakterliche Ecken und Kanten schleift und zugleich das Denken in Schemen der ihn einhegenden Organisation verstärkt. Dieser Effekt ist für das reibungslose Funktionieren einer parteienstaatlichen Ordnung durchaus dienlich, finden die bereits angesprochenen inhaltlichen, institutionellen und verfahrenstechnischen Zwänge doch so eine personelle Entsprechung. Genau diesen Kräften der individuellen Mäßigung durch Organisationen entziehen sich jedoch die Populisten. Angesichts der von ihnen ausgehenden asymmetrischen Auseinandersetzung überrascht es nicht sonderlich, dass ihnen seitens der politischen Öffentlichkeit zumeist nur wenig entgegengesetzt wird. Mancher Politiker wirkt geradezu hilflos, wenn er auf einen Vertreter der AfD trifft.

Besser politisch kommunizieren, einen neuen Politikertypus suchen

Neue Herausforderungen verlangen neue Schritte, einen bietet die politische Kommunikation, einen anderen die politische Rekrutierung. Mit dem seit Jahrzehnten kultivierten „Politikersprech“, von dem sich heutzutage nicht einmal mehr die Funktionäre auf einem Parteitag so richtig angesprochen fühlen, können Bürgerinnen und Bürgern, die sich Sorgen machen, nach politischen Antworten suchen oder einfach nur „gut“ politisch geführt werden wollen, nicht mitgerissen werden. Woran es mangelt sind Politikerinnen und Politiker, die die Vielfältigkeit der heutigen Lebenslagen mit all ihren Ambivalenzen anhand der eigenen Persönlichkeit und Biographie authentisch verkörpern. Das Sprechen einer – im übertragenen Sinne – gemeinsamen Sprache ist wichtig, Ansprechbarkeit ebenfalls. Auch mit Emotionen sollte nicht gezeigt werden.

Es ist an der Zeit, auf den populistischen Wirbelwind zu reagieren. Einen neuen Politikertypus braucht das Land. Dies geht sicherlich nicht „von jetzt auf gleich“. Jedoch können Wege dafür schon heute bereitet werden. Aktuell stehen die Kandidatenaufstellungen zur kommenden Bundestagswahl an. Was spräche dagegen, die Dezentralität und Autonomie der Kreisverbände der Parteien zu nutzen und mit der Öffnung der Nominierungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger, auch ohne Parteibuch, zu experimentieren?

Dr. Benjamin Höhne (1978) lehrt an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Politikwissenschaft im Bachelor- und Master-Studiengang, im Wintersemester 2016/17 zum Thema: „Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017. Personen – Themen – Strategien.“

31. Oktober 2016

Wibke Janssen

Evangelisch oder protestantisch - Wie hast du's mit der Konfession?

Status confessionis

Hand aufs Herz: Was sind Sie eigentlich? Evangelisch oder protestantisch? Sind Sie katholisch, orthodox, freikirchlich oder ...? Welchen Ausdruck wählen Sie, um Ihre konfessionelle Identität auszudrücken? Sie gehören keiner Konfession [mehr] an? Die Frage betrifft Sie trotzdem, denn konfessionell bedingte Prägungen in Arbeitsmoral, Sprachduktus und Gemütsdisposition wirken über den Kirchenaustritt und Generationen hinweg.

Der 31. Oktober 2016 als Auftakt des Festjahres „500 Jahre Reformation“ in 2017 bietet einen guten Anlass, den Bezeichnungen „protestantisch“ und „evangelisch“ aktuell nachzuspüren. Eine Sensibilisierung für „evangelisch“ und / oder „protestantisch“ lohnt sich und ist mehr als bloße Haarspalterei.

Evangelisch oder protestantisch, die Frage ist nicht neu und hatte durchaus das Zeug zum Politikum. 1821 ordnete der preußische König Friedrich Wilhelm III. für die von ihm geförderten Kirchengemeinden an: „Die Benennung: Protestanten, protestantische Religion für die Bekenner und das Bekenntnis der evangelischen Lehre ist mir stets anstößig gewesen; sie gehört der Zeit an, in welcher sie aufkam. Das Evangelische Glaubensbekenntnis gründet sich lediglich auf die heilige Schrift, der Name muss also davon ausgehen. Im gemeinen Leben lässt sich eine altgewordene Benennung schwerer vertilgen, im Geschäftsstil aber, bei der Zensur von Druckschriften und der öffentlichen Blätter soll darauf gehalten werden, die Benennung evangelisch statt protestantisch, Evangelische statt Protestanten zu gebrauchen, weil eben dadurch der alte, unpassende Name nach und nach verschwinden wird.“

Friedrich Wilhelm III. bewies ein gutes Gespür für die Beharrlichkeit von Sprachregelungen. Auch heute noch kommen ‚im gemeinen Leben‘ beide Ausdrücke vor. Gleiches gilt allerdings für den ‚Geschäftsstil‘, für ‚Druckschriften und öffentliche Blätter‘. ‚Evangelisch‘ und ‚protestantisch‘ können, - auch laut Duden,- synonym genutzt werden.

Dem Volk aufs Maul schauen!

„Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)“ heißt es und die meisten Landeskirchen und einige Freikirchen folgen dieser Diktion. Zum Evangelischen Gesangbuch gesellt sich das Evangelische Gottesdienstbuch. ‚Chrismon‘ und ‚zeitzeichen‘ erklären sich im Untertitel als evangelische Magazine, wir haben einen ‚epd‘ und keinen ‚ppd‘. Es gibt evangelische Krankenhäuser und Kindergärten. An Schulen wird Evangelische Religionslehre erteilt und ein aktuelles Buch untersucht „Das evangelische Pfarrhaus“.

Das Adjektiv „protestantisch“ findet sich seltener als „evangelisch“, dafür wird das Nomen „Protestantismus“ häufig genutzt. Friedrich Wilhelm Graf untersucht wissenschaftlich dessen Geschichte und Gegenwart und Friedrich Schorlemmer postuliert in einem ‚großen Buch des Denkens und Glaubens‘ „Was protestantisch ist“. Es klingt konfessorisch, wenn Heiner Geißler aktuell zum

31.10.2016 titelt „Jeder gute Katholik ist auch protestantisch“ oder wenn der Astrophysiker und Fernsehmoderator Harald Lesch formuliert: „Ich bin von Scheitel bis Sohle Protestant“.

Lassen sich gemeinsame Merkmale der Phänome feststellen, die heute jeweils mit „evangelisch“ oder „protestantisch“ bezeichnet werden? Sie könnten mit der Entstehungsgeschichte der Begriffe zusammenhängen.

Wes Geistes Kind?

„Evangelisch“ leitet sich von Evangelium ab, der ‚guten Botschaft‘ Jesu Christi. Sprachgeschichtlich lässt sich der Ausdruck im Bereich der Theologie ab dem 11. Jahrhundert nachweisen. Martin Luther nimmt ihn im Sinne von ‚bibelorientiert‘ auf und er wird weniger von Luther als von anderen Flugschriftenautoren seiner Zeit bald auch als durchaus streitbarer Name für die eigenen Reihen genutzt. ‚Evangelisch‘ profiliert sich also aus der Begründung und Herleitung der reformatorischen Bewegung, steht für das, was im späteren Verlauf der Reformation in das Schlagwort ‚sola scriptura‘ (‚allein die Schrift‘, d.i. die Bibel) gefasst wird. Evangelisch als Selbstbezeichnung ist in dieser Linie eine schlüssige Konsequenz.

Der Begriff „protestantisch“ kommt aus dem juristisch-politischen Bereich und hängt an der ‚Protestatio‘ der reformatorischen Bewegung auf dem Speyrer Reichstag von 1529. Die der reformatorischen Bewegung zugehörigen Reichsstände erhoben formal Protest gegen die Bestätigung des Wormser Edikts, das Martin Luther und seine Anhänger unter die Reichsacht stellte und ihnen jegliche publizistische Tätigkeit verbot. „Protestantisch“ entsteht als Bezeichnung einer religiösen und politischen Interessengemeinschaft. Es könnte also sein dass der Begriff auch heute eher für Äußerungen der Kirchen ‚nach außen‘ genutzt wird.

So einfach ist es leider nicht: Auf der Steuerkarte, die der Zuordnung zu einer gesellschaftlichen Gruppe und nicht dem persönlichen Glaubenszeugnis dient, ist „evangelisch“ einzutragen. Es gibt das „Handbuch der Evangelischen Ethik“ und eine „Protestantische Predigtlehre“. Spätestens im europäischen Horizont (und auch global) taucht „protestant/e“ als Selbstbezeichnung von Kirchen der Reformation prominent auf.

Evangelisch oder protestantisch?

Vielleicht passt es zu den Christen, die zu Kirchen der Reformation gehören, dass sie sich als Einzige immer wieder zwischen zwei Begriffen für ihre Konfession entscheiden müssen. Die Freiheit und die Qual der Wahl entsprechen dem Ansatz Martin Luthers und anderer ReformatorInnen, dass der/die Einzelne sich mit seinem/ihrem Gott, mit dessen Zuspruch und Anspruch auseinandersetzen und für sein Sprechen und Handeln eine persönliche Entscheidung treffen muss. Im Sinne der Begriffe selbst müsste dabei die Lust an der Varianz im fröhlichen Freiraum eigener Grenzen gegenüber der Last korrekter Begriffswahl deutlich überwiegen.

Letztlich sind beide Begriffe innig und untrennbar verbunden. In pro-testieren steckt bei genauer Betrachtung gar kein ‚gegen‘, sondern ein ‚pro‘, ein ‚für‘. Das französische Verb pro-tester bedeutet Zeugnis für etwas abzulegen, im geschilderten Fall für Jesus Christus und sein Evangelium. In diesem Sinne sind alle, die sich zu Jesus Christus bekennen, protestantisch und evangelisch zugleich, welcher Konfession auch immer sie angehören.

Dr. theol. Wibke Janssen (1965) ist Pfarrerin der Evangelischen Kirche im Rheinland und tätig an der Erzbischöflichen Liebfrauenschule in Bonn (Religionsunterricht, Gottesdienste, Schulseelsorge) sowie Lehrbeauftragte an der Evangelischen Fachhochschule in Bochum.

7. November 2016

Rainer Wieland

Europas Zukunftswege

Unbestritten stehen Europa und die Europäische Union vor einer Zeit, die große Herausforderungen mit sich bringt. Die Flüchtlingskrise und die damit verbundene Debatte um die Sicherung der Außengrenzen, die Brexit-Abstimmung und der damit wahrscheinliche Austritt Großbritanniens aus der EU, die Staatsschuldenkrise, terroristische Bedrohungen sowie Ceta und TTIP, zerren derzeit an dem Projekt Europäische Union. Steht das vor Jahrzehnten erschaffene Friedensprojekt EU damit vor dem Aus? Keineswegs. Aber sagen kann man sicher, dass wir in Europa derzeit eine Menge ungelöster Probleme haben. Wir sind jetzt angehalten ein besseres Europa zu schaffen. Ein Europa, das unsere Lebensweise bewahrt, das den Bürgerinnen und Bürgern nutzt, aber auch ein Europa, das mehr Verantwortung übernimmt.

Ein wesentlicher Teil unserer europäischen Lebensweise, sind die Werte auf denen diese aufgebaut ist. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit! Dafür kämpfen wir nicht mehr mit Waffen, sondern mit unseren politischen und diplomatischen Mitteln, die wir uns in den letzten Jahrzehnten erarbeitet haben. Unsere Meinungsverschiedenheiten lösen wir mit Worten und nicht in Schützengräben. Und dies müssen wir unter allen Umständen verteidigen. Daher darf Europa insbesondere auch in Zeiten des Terrors die Augen nicht verschließen. Wir müssen in schweren Zeiten zusammenstehen und vor allem grenzübergreifend zusammen arbeiten, wenn es um die Bekämpfung von Terrorismus und die Ergreifung der Täter geht. Die Menschen in Europa haben ein Recht darauf, sich sicher zu fühlen.

Klar ist aber auch, dass uns das derzeit nicht ausreichend gelingt. Das Erstarken der populistischen Parteien in einer Vielzahl von Mitgliedsstaaten ist besorgniserregend. Krönung der gegenwärtig steigenden EU-Skepsis war wohl der Ausgang der Brexit-Abstimmung in Großbritannien. Die Entscheidung vom 23. Juni ist äußerst bedauerlich und eine Zäsur für Europa. Das Ergebnis des EU-Referendums wurde bei der CDU im Europäischen Parlament mit Sorge aufgenommen. Mit Großbritannien verlieren wir ein Schwergewicht. Aber trotz allem Bedauern, müssen wir diese Entscheidung akzeptieren. Allerdings auch mit aller Konsequenz. In vielen Bereichen gab es bereits jetzt und wird es noch erhebliche Auswirkungen auf die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs - besonders auf die junge Generation - geben und natürlich auch für das politische Europa. Als eine erste Konsequenz hat die Britische Premierministerin Theresa May bekanntgegeben, dass Großbritannien nicht wie geplant die EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2017 übernehmen wird.

Wir müssen unser Verhältnis zum Vereinten Königreich neu ordnen. Dafür müssen wir uns Zeit nehmen. Allerdings können wir uns eine mehrjährige Hängepartie für die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem sich von ihr lösenden Insel nicht leisten. Aus Sicht der EU darf und wird es für Großbritannien dabei keine Privilegien geben. Europa war und ist kein Rosinenkuchen. Die Austrittsverhandlungen werden hart geführt. Wer weiterhin in den Genuss einzelner Segnungen des Binnenmarktes kommen will, muss dafür auch Gegenleistungen erbringen, so wie dies heute schon die Schweiz und Norwegen tun. Es muss einen deutlichen Unterschied geben, ob ein Land Mitglied der Europäischen Union ist oder nicht. Freien Zugang zum Binnenmarkt bekommt der, der unsere vier europäischen Grundfreiheiten ohne Abstriche akzeptiert: die Freizügigkeit von Menschen, Dienstleistungen, Gütern und Kapital.

Aber auch für Europa bedeutet der Ausgang des Referendums, dass es ein Weiter-so nicht geben kann. Die Menschen fühlen sich in einigen Bereichen von der EU nicht umfänglich geschützt. Für die Europäische Union ist es nun an der Zeit, das Augenmerk wieder auf konkrete Politik zu lenken. Wir müssen uns jetzt endlich den eigentlichen Herausforderungen unserer Zeit stellen, allen voran der wirtschaftlichen Entwicklung und dem sozialen Zusammenhalt, Europas Innovationspotential und der inneren und der äußeren Sicherheit. Wir brauchen ein Europa an dem die Bürgerinnen und Bürger teilhaben und mit dem sie sich identifizieren können. Wir müssen den Menschen zeigen, worauf die unsere Europäische Union fußt. Denn die Frage, welchen Wert die Europäische Union für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger noch hat, drängt sich bei vielen auf. Nach 1945 waren die Ziele „Freiheit“, „Frieden“ und „wirtschaftliche Entwicklung“ klar formuliert. Mittlerweile halten wir das für selbstverständlich. Aber das ist es nicht. Gerade die Probleme in den arabischen Staaten, aber auch die Ukraine-Krise zeigen, dass es keinesfalls selbstverständlich ist, in Frieden und Toleranz leben zu können. Wir haben uns in den letzten Jahren einen Lebensraum mit vielen Chancen und Möglichkeiten erschaffen, den es zu bewahren gilt.

Besonders die Flüchtlingskrise hat die Europäische Union vor große Herausforderungen gestellt, die wir nun lösen müssen. Einen ersten Schritt haben wir mit der Stärkung unserer Außengrenzen getan. Mehr Personal, bessere Ausrüstung und mehr Verantwortung soll dem neuen Grenz- und Küstenschutz das nötige Werkzeug an die Hand geben um unsere Grenzen besser zu schützen. Die Europäische Union ist tolerant und offen, aber wir müssen angesichts der Flüchtlingskrise neue Wege gehen. Es gebietet unser christliches Menschenbild, dass wir den Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg in ihren Ländern fliehen müssen. Gleichermassen müssen wir Menschen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen wollen, deutlich machen, dass sich der Weg nicht lohnt. Vor allem aber brauchen wir Gewissheit darüber, wer die Europäische Union betritt. Eine Registrierung jedes Einzelnen ist zwingend notwendig. Auch dazu leistet die neue Agentur für Grenz- und Küstenschutz eine zentrale Rolle. Ebenso werden Menschenhändler und Schlepperbanden systematisch verfolgt.

Schritt für Schritt werden wir mit weiteren konkreten Ansätzen die Probleme angehen, damit eine Europäische Union im Sinne der Gründungsgedanken weiterhin Chancen hat. Dafür aber benötigt es Zeit. Europäische Herausforderungen können und dürfen nicht im Hauruck-Verfahren gelöst werden. Dazu bedarf es auch der Unterstützung und der Geduld der Bürgerinnen und Bürger.

***Rainer Wieland (1957)** ist seit 1997 Abgeordneter und seit 2009 Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Er gehört u.a. dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen sowie dem Entwicklungsausschuss an. Er ist Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Ludwigsburg und Präsident der überparteilichen Europa-Union Deutschlands (EUD).*

9. November 2016

Stephan Eisel

Warum Trumps Erfolg fatal ist

Den Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen muss als Demokrat auch akzeptieren, wer das Ergebnis entsetzlich findet: Donald Trump wird der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Im amerikanischen auf Bundesstaaten bezogenen Mehrheitswahlrecht hat er sich klar durchgesetzt, auch wenn Hillary Clinton auf die ganze Nation bezogen mehr Stimmen erhalten hat.

In vielen Wahlanalysen wird nun vielfältige Ursachenforschung zu diesem überraschenden Wahlausgang betrieben werden. Aber noch wichtiger als die Frage nach den Ursachen ist die Frage nach den Folgen des Wahlerfolgs von Trump. Weil er erfolgreich war, wird er auch außerhalb der USA Nachahmer finden – zumal Amerika schon immer Trendsetter war. Das wäre aber besonders dort fatal, wo es Trump zur Mehrheit verhalf:

Diskreditierung demokratischer Institutionen

Mit einem Wahlkampf gegen das „Establishment in Washington“ und für einen grundlegenden Wandel sind fast alle amerikanischen Präsidenten der letzten Jahrzehnte ins Amt gekommen – von John F. Kennedy über Ronald Reagan bis zu Bill Clinton und Barack Obama. Ihr Plädoyer für einen Neuanfang war aber durchweg von einem konstruktiven Grundton getragen. Trumps Ansatz war dagegen von Anfang an destruktiv – von der generellen Behauptung eines durchweg manipulierten politischen Systems über die globale Charakterisierung der Medien als korrupt („Lügenpresse“) bis zur (mit seinem Wahlsieg natürlich entfallenden) Behauptung, die Wahlen würden gefälscht. Trump hat mit solchen generellen Verunglimpfungen der demokratischen Kultur in den USA schweren Schaden zugefügt.

2) Nationale Abschottung

Trump hat weit über den traditionellen amerikanischen Hang zum Isolationismus hinaus offensiv für einen amerikanischen Nationalismus in bewusster Konfrontation zu internationalen Verbündeten und Partner geworben: Ob die von ihm geplante Mauer an der Grenze zu Mexiko, die angekündigte Aufkündigung internationaler Handelsverträge und Klimaschutzabkommen oder die Relativierung der Beistandspflicht in der NATO – Grundton von Trumps Außenpolitik ist das Plädoyer für Abschottung. Dieses Konzept ist zwar angesichts einer immer enger zusammenwachsenden Welt völlig anachronistisch, hat aber die Anziehungskraft einer scheinbar einfachen Lösung aller Probleme. **3) Gesellschaftliche Polarisierung**

Trump hat kühl kalkulierend gezielt einzelne Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt, um sich die weiße männliche Bevölkerung insbesondere aus dem Arbeitermilieu und der Landbevölkerung als Machtbasis zu sichern. Diese identifizierte sich umso stärker mit ihm je eindeutiger er Minderheiten von Hispanics bis zu Moslems attackierte. Dabei scheute Trump auch vor rassistischen Anspielungen nicht zurück und instrumentalisierte dafür die Einwanderungsfrage – mit dem widersinnigen Effekt, dass die Kinder von Einwanderern in der Einwanderung eine

Gefahr sahen. Um des Wahlerfolgs willen hat Trump eine tiefe Spaltung der Gesellschaft in Kauf genommen, die auf ihn als Präsident zurückfallen wird.

4) Politischer Fanatismus

Von ihm dazu ermutigt wurden die Anhänger Trumps im Laufe seiner Wahlkampagne immer fanatischer. Die Stimmung bei seinen Kundgebungen wurde immer aufgeheizter – und Trump fachte dies bewußt immer neu an. Aber auch seine Mitarbeiter von den eigenen Söhnen über den früheren New Yorker Bürgermeister Giuliani bis hin zu seinen Wahlkampfmanagern entzogen sich dem politischen Dialog durch eine Endlosschleife der immer gleichen Phrasen. Was bei Trump selbst manchmal noch wie laienhaftes politisches Entertainment wirkt, stellt sich bei seinem Gefolge als geradezu demonstrative Verbohrtheit dar. Der für die Demokratie so essentielle wechselseitige Respekt („agree to disagree“) wurde von Trump schwer beschädigt.

5) Verrohung der Sitten

Der 15-monatige Wahlkampf von Donald Trump war eine ständige Aneinanderreihung von gezielten politischen Tabubrüchen, kalkulierten persönlichen Beleidigungen und bewußt verbreiteten Unwahrheiten. Es ging ihm um das Auffallen um des Auffallens wegen – nicht zuletzt auch bei Trumps vielen dezidiert frauenfeindlichen Äußerungen. Die Medien – insbesondere die verschiedensten Fernsehsender – ließen sich bereitwillig einspannen, denn die Gier des Publikums nach immer neuen Grenzüberschreitungen garantierten hohe Einschaltquoten. Trump brauchte keine Werbespots, er war mit seinen Ausfällen Bestandteil des regulären Programms. Eltern werden sich künftig bei einem „So etwas tut man nicht“ darauf einrichten müssen, dass die Kinder sich unter Berufung auf den Präsidenten daneben benehmen. Der Schaden für ein friedliches und respektvolles Miteinander unübersehbar.

Gerade für Freunde Amerikas sind diese mit Trump einhergehenden und von ihm bewußt eingesetzten Entwicklungen eine besondere Herausforderung, denn sie sind Wasser auf die Mühlen des Anti-Amerikanismus. Umso wichtiger wird es sein, dass das „andere Amerika“ sichtbar bleibt und sich nicht versteckt. Der amerikanische Präsident hat eine große Machtfülle, aber unbegrenzt ist seine Macht nicht.

Im politischen System der „checks and balances“ wird es dabei vor allem auf die Republikaner ankommen, die in den beiden Kammern des Kongresses die Mehrheit stellen. Ob sie der damit verbundenen Verantwortung nachkommen werden, kann keineswegs als selbstverständlich gelten: Es handelt sich nämlich um die gleichen Abgeordneten, die es ohne großen Widerstand zugelassen haben, dass ihre Partei von Trump gekidnappt wurde. Inhaltlich hat Trumps Ansatz nämlich mit traditionellen republikanischen Programmen nicht zu tun. Im gesellschaftlichen Bereich liegt es an den Amerikanern, deutlich zu machen, dass Trump nicht typisch für Amerika ist – und an uns, das bei allem Entsetzen über das Wahlergebnis nicht aus dem Auge zu verlieren.

Dr. Stephan Eisel (1955) war als Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2009 Mitglied im Europaausschuss und u. a. 1983- 1992 zunächst als Redenschreiber und dann als stv. Leiter des Kanzlerbüros Mitarbeiter von Helmut Kohl. Seit 2010 ist er in der Konrad-Adenauer-Stiftung Projektleiter für „Internet und Demokratie“ sowie „Bürgerbeteiligung“. Er ist verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung kreuz-und-quer.de

14. November 2016

Heinz Neubauer

Estnische Erfahrungen

Ein Vorbild für Deutschland ?

1. Was macht Estland besonders?

Ein großer Fehler für einen Deutschen besteht darin, Estland nur als Teil des Baltikums zu betrachten. Sicher ist Estland einer der drei baltischen Staaten, aber geographisch und ethnologisch ist Estland ein Teil Skandi-naviens. Als der skandinavische Gletscher der letzten Eiszeit sich zurückzog, wurde das Territorium Estlands von uralischen bzw. finno-ugrischen Siedlern entdeckt. Diese wanderten vom Rande des Gebirges Ural immer weiter nach Nordwesten, als es nach der letzten Eiszeit neue Jagd- und Weidegründe zu nutzen galt. Sie zogen, bis sie an das (estnische) ‚Westmeer‘ stießen, das ‚mare Balticum‘, welches im Deutschen ‚Ostsee‘ heißt.

Spätestens seit dem 19. Jahrhundert werden Spuren von Siedlungsgebieten und damit zusammenhängende Wanderungsbewegungen auch die die „nationale/nationalistische Brille“ betrachtet. Auch weil die Postulate von ‚kultureller Überlegenheit‘ an den tatsächlichen oder den vermeintlichen Spuren fest gemacht werden. – Stellt sich die Frage: Wer waren also diese Uralier? Sprachgeschichtlich unterteilen sich die indoeuropäischen Sprachen in die großen Sprachräume des Sanskrit(Indien), des Iranischen(Persien) sowie in Europa des Slawischen, des Romanischen und des Germanischen. Daneben existiert als Kleinere die baltische Sprachgruppe mit im Wesentlichen dem Litauischen, dem Lettischen, dem Alt-Preußischen („Pruzzisch“) und dem Kurischen. Immer mehr ‚kleinere Sprachgruppen‘ wurden über die Jahrhunderte assimiliert und starben aus.

Die uralischen („finno-ugrischen“) Volksgruppen und deren Sprachen gehören hingegen nicht zu den indoeuropäischen Sprachen: neben der ungarischen Sprache gehören hierzu eine ganze Gruppe von ostsee-finnischen Sprachen, abgegrenzt zu den samischen Sprachen in Nordeuropa und den samojedische Sprachen in Sibirien. Zu den ostsee-finnischen Sprachen zählen Finnisch, Karelisch, Wepsisch, Ingrisch, Estnisch, Wotisch und Livisch. – Insofern sind somit (eher geographische) Berührungspunkte, aber auch (eher kulturelle) Unterschiede umrissen.

Die Sprachgruppen der uralischen Völker im zaristischen Russland wurden im Zeitalter des Panslawismus (ab ca. 1860) alle ebenso wie das Polnische und das Ukrainische mehr oder weniger administrativ unterdrückt; dagegen formierte sich kulturell zentrierter Widerstand vor allem der Nichtslawen, also im Großherzogtum Finnland, im Ostsee-Gouvernement und im Raum St.Petersburg . Überall sollten die russische Sprache (und die russisch-orthodoxe Religion) dominieren. Während das Großherzogtum Finnland mit schwedisch, finnisch und karelisch sprechender Bevölkerung staatsrechtlich unabhängig von Russland war, galt dies im Ostsee-Gouvernement und im Raum St.Petersburg nicht. Deshalb regte sich hier wie auch in Finnland aktiver, kulturell motivierter Widerstand, auch weil seit schwedischen Zeiten die Bevölkerung evangelisch-lutherischen Bekenntnis war. Es galt schon seit mehr als zweihundert Jahren: Die Esten ebenso wie die Finnen waren und sind sehr Kultur-bewusst. - Das kann man sich heute in Deutschland trotz aller Unterschiede zwischen Friesen und Bayern nur unvollständig vorstellen.

Alles zusammen waren aber diese Politik der ‚Russifizierung‘ beginnend vor 150 Jahren der Auslöser für den estnischen Freiheitkampf 1917/20, der mit der Anerkennung im Frieden von Dorpat (2.Februar 1920) endete und in dem die Sowjetunion Estland als unabhängiger Staat anerkannte. Damit hatten die Esten jedwede Fremdherrschaft abgeschüttelt, wie viele europäische Nationen in dieser Zeit.

2. Woher kommt der estnische Freiheitswille?

Nach dem „Großen Nordischen Krieg“ (1700 – 1721), in dem es um die Vorherrschaft im Ostsee-raum ging, hatte das Königreich Schweden seine dominierende Stellung verloren und Zar Peter I. den russischen Einfluss an der Ostküste der Ostsee etabliert. Äußeres Zeichen ist die Gründung von St.Petersburg in den

Sümpfen am Ostrand der Ostsee, durchflossen vom Fluss Newa. Dieser weitgehende eisfreie Hafen sollte zum Tor eines modernen Russlands nach Europa werden und verdeutlichen, dass die alten Handelsbeziehungen der (Wikinger/Waräger und später der) Hanse über die Ostsee bis zum Schwarzen Meer künftig russisch kontrolliert werden.

Damit begann die verstärkt russische Besiedelung der Gegenden im Nordosten Europas, in der die dünne regionale Bevölkerung im 18. Jahrhundert uralische Sprachen sprach: Karelisch (nördlich der Newa bis zum Ladogasee und darüber hinaus), Wepsisch südlich der Newa sowie Ingrisch/ Ischorisch und Wotisch (westlich von St. Petersburg bis östlich des Flusses Narva). - Staatsrechtlich eigenständig blieb unter der Krone des Zaren das Großherzogtum Finnland (mit karelisch, finnisch und schwedisch sprechender Bevölkerung), teilautonom das russische Ostsee-Gouvernement (mit Balten-deutsch, estnisch und livisch sprechender Bevölkerung), beide mit eigenem Landtag und eigener Rechtsprechung.

Der „ostsee-finnische“ Kulturkampf gegen das aus St. Petersburg geförderte russische Sprach-monopol in Schule und Kirche wurde beginnend in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf vielfältige Weise geführt. In Estland seien der Gottesdienst in den evangelisch-lutherischen Kirchen in estnischer Sprache (erste Bibelübersetzung der Lutherbibel 1686) sowie die (fast flächen-deckenden) regionalen Kulturvereine genannt, die das estnische Liedgut pflegten und die estnisch geprägten Sitten und Gebräuche (Tracht, Feiertage etc.) tradierten. Verstärkend zählen auch die von den deutschen Universitäten übernommenen estnischen Studentenverbindungen dazu, in Tartu (Universität Dorpat) zum „estnischen Erwachen“. Aus diesen Studenten sollten sich 1919 viele Offiziere der estnischen Freiheitskämpfer rekrutieren. Spätestens seit 1893 sollte ja die deutsche Sprache an der Universität Dorpat allein durch das Russische ersetzt werden. Dorpat sollte durch Erlass des Zaren in Jurjew unbenannt werden, ein Bruch also zur Jahrhunderte alten akademischen Tradition, bekannt in ganz Europa. Rund um den Finnischen Meerbusen kann man im 19. Jahrhundert diesen mehr oder weniger ausgeprägten Freiheitswillen nachweisen, die Finnen und die Esten mussten auch mit ansehen, wie die kleineren Volksgruppen wie der Ingrier unterlagen und „erfolgreich russifiziert“ wurden.

Spätestens nach der (ersten) russischen Revolution und dem „Blutsonntag“ 1905 in Folge des vom zaristischen Russland verlorenen Russisch-Japanischen Krieges begann es, auch in den westlichen Gouvernements „zu gären“. Hierzu gehören bald auch finnische und estnische Aktivisten, die nicht nur zuhause, sondern auch in Stockholm und in Berlin zur Vorbereitung von einer nationalen Erhebung zur „Befreiung vom russischen Joch“ agitierten.

Mit dem Beginn des ersten Weltkrieges beschloss daher am 27. Oktober 1914 in Helsinki im ‚Studentenhaus Ostrobothnia‘ das „Provisorische Zentralkomitee der Aktivistischen Bewegung“ einen Drei-Punkte-Plan. Der Forderungskatalog besteht aus (1.) Nachrichten aus Finnland in Deutschland zu verbreiten, (2.) russische Truppenbewegungen nach Deutschland zu melden und so eine Landung deutscher Truppen in Finnland zu ermöglichen sowie (3.) die Erhebung des finnischen Volkes durch Waffengewalt vorzubereiten. So wird das Komitee zur Keimzelle der Finnischen Jägerbewegung. Einige Monate später begann die militärische Ausbildung von 200 finnischen und einigen estnischen Freiwilligen im Lager Hohenlockstedt (bei Itzehoe/ Schleswig-Holstein) im Rahmen des Königlich-Preußischen Jäger-Bataillon Nr. 27. Dieses kämpfte 1916/18 an der deutschen Ostfront. Am 6. Dezember 1917 beschloss der finnische Landtag die Unabhängigkeit Finnlands. Der finnische Oberbefehlshaber Marschall Mannerheim gliederte die Masse des Jägerbataillons in die „Weiße Garde“ ein, viele Freiwilligen kämpften 1919/22 in Karelien gegen die „Rote Garde“ – die spätere Rote Armee – für die Unabhängigkeit Finnlands.

Am 24. Februar 1918 wird in Tallinn auf der finnischen Gegenküste die Republik Estland ausgerufen und in dem estnischen Freiheitskrieg 1918/20 gegen russische Vorstöße verteidigt. Dabei helfen finnische Freiwillige den estnischen Truppen und Milizen („Kaitseliit“) gegen die Rote Armee. Diese Gründungserfahrungen prägen heute das estnische Selbstbewusstsein und die aufmerksame Verfolgung aller strategisch-politischen Entwicklung im östlichen Nachbarland Russland. Zugleich erklären sie die tiefe Verbundenheit mit den Finnen und Kareliern.

3. Warum schätzen Esten „die langen Linien“ in ihrer Geschichte?

Die Verteidigung der estnischen Kultur sowie die Gewinnung der staatlichen Unabhängigkeit war ein jahrzehntelanger Prozess, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann, mit dem Frieden von Tartu (2. Fe-

bruar 1920) seinen Abschluss gefunden zu haben schien. Doch bereits mit dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 wurde wieder alles zu Disposition gestellt. Das frei gewählte estnische Parlament, der Staatspräsident und die Regierung gingen ins Exil. - Erst mit dem „europäischen Tauwetter“ und dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989/90 begann für die Esten die Rückkehr zur freiheitlichen Normalität. Mancher Beobachter spricht von „der singenden Revolution“, weil der Zerfall der Sowjetunion und die Wiedergewinnung der Freiheit in Estland ohne Blutvergießen, aber mit vielen öffentlichen Gesängen bei Demonstrationen einherging. Noch heute ist das jährliche Sängerfest in Tallinn mit mehr als 100.000 Teilnehmern ein Zeichen der Freiheit und Souveränität. Sicherheitshalber löste sich das Exilparlament erst 1992 auf, nach dem Abzug aller ehemaliger Sowjet-, (nun) russischen Streitkräfte. Da war historisch begründete Skepsis ein Ratgeber zur Vorsicht, denn das heutige Russland bleibt weiterhin der große östliche Nachbar. Und solange die eigene Unabhängigkeit nicht bedroht wird, erfreut sich Estland seiner Freiheit und will mit allen Nachbarn in Frieden leben.

Insoweit zählen aus politischer, staatsrechtlicher und zivil-gesellschaftlicher Sicht in Estland vor allem die Kontinuitäten seit der Unabhängigkeit 1918, weniger oder gar nicht die „Frostperiode“ zwischen 1939/40 und 1990. Erklärlich ist angesichts der estnischen Entwicklung in den letzten 150 Jahren auch, dass die Melodie der finnischen wie der estnischen Nationalhymne gleich ist, natürlich mit individuellem Text in der jeweiligen Landessprache. Auch die heutige estnische Nationalflagge geht auf den Vorschlag einer Studentenverbindung in Tartu zurück.

Völlig verständlich war der souveräne Wunsch der Republik Estland bald nach 1990, möglichst schnell der NATO und der EU beizutreten, auch weil die Unabhängigkeit zunächst nur von 1918 bis 1940 währte. Das sollte sich nicht wiederholen. Vielmehr versuchen die estnischen Politiker mit Unterstützung der Gesellschaft als „guten Europäer“ zu positionieren, eine Nation, die allen Anforderungen der NATO, der EU und des Euro-Raums gerecht wird, um zum einen keine Anfechtung zu bieten, aber zum anderen als ‚Gleicher unter Gleichen‘ anerkannt und gehört zu werden. Umgekehrt erwartet Estland von seinen Partnern und Verbündeten Standfestigkeit, eine klare Sprache und – je nach Möglichkeit – Einsatz, Einsatz von Einfluss, Ressourcen und Willen zur Kooperation. Das (kleine) Estland geht seinen Weg. Das könnte auch für ein demokratisches und liberales Russland gelten.

4. Was kann Deutschland von Estland lernen? – Drei Thesen:

Erstens: Deutschland sollte sich seiner Bedeutung in der Mitte Europas noch bewusster werden und mit dieser Verantwortung souverän und unaufgeregt umgehen, Ankündigungen wahr machen und getreu seiner zugesagten Verpflichtungen handeln. „German Angst“, durch Twitter rasch zu befeuernde Empörungswellen und die Ausrichtung am kurzfristigen medialen Erfolg sind schlechte Ratgeber. Eher zählen historisches Bewusstsein, stringente Vertretung der eigenen Interessen und der standfeste Dialog mit Nachbarn, Freunden und (zeitweiligen?) Gegnern. Dabei bleibt auch Russland ein großer Nachbar in Europa – oder mit Helmut Kohl „im Haus Europa“.

Zweitens: patriotisch geprägtes Selbstbewusstsein hilft beim unaufgeregtem Dialog, auch über schwierige Erfahrungen und Zeitläufte hinweg (Stichworte wären Umsiedelung der balten-deutschen Familien nach dem Hitler-Stalin-Pakt oder die estnischen Waffen-SS-Divisionen), wenn sich Gesprächspartner auf die Argumente der Gegenseite einlassen wollen. Nicht der fein ziselierte, wo möglich vorweggenommene Kompromiss, der Gräben und Risse in der öffentlichen Diskussion verklebt, hilft, vor allem wenn er eher verunklart, sondern das gegenseitige Hineinfühlen in den Gesprächspartner bei dennoch respektvollem Umgang fördert das gegenseitige Verständnis. So kann sich Vertrauen entwickeln. Hierzu gehört auch der selbstverständliche Umgang mit den eigenen nationalen Symbolen, die in ganz Estland eher großzügig und stolz gezeigt werden. Da könnte ein unaufgeregtes Deutschland von seinen Partnern nur lernen.

Drittens: Außen- und Sicherheitspolitik in Estland ist in den Medien und bei der Bevölkerung unmittelbar und spürbar aktuell, auch weil man dort potentielle Risiken ständig verfolgt. Jederzeit bereit sein, um auf eine neue Herausforderung zu reagieren. Da ist ‚contingency planning‘ eine aufmerksam beobachtete politische Daueraufgabe. - Ob das für Deutschland ähnlich gilt? Oder dominieren bei uns Innen- und Sozialpolitik hier so sehr, dass richtige Gefahren und deren Bewältigung den Spezialisten überlassen bleiben?

Dr.rer.pol. Heinz Neubauer (1957), Dipl.-Wirtschaftsingenieur (TH Karlsruhe) und Master of Science (GaTech, Atlanta), Promotion in Betriebswirtschaftslehre (Universität Mannheim). Als Oberst der Reserve Logistik-Stabsoffizier in der Bundeswehr – seit 2002 eingeplant im Einsatzführungs-

kommando der Bundeswehr, seit 2014 im Auftrag des BMVg dreimaliger Beratungseinsatz bei den estnischen Streitkräften. Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. Bonn/Berlin.

21. November 2016

Wolfgang Jäger

Innerparteiliche Willensbildung

In den Siebziger Jahren kritisierten konservative und liberale Politikwissenschaftler wie Karl-Dietrich Bracher und Wilhelm Hennis, dass die Parteien wie Kraken ihren Einfluss in immer weitere Bereiche des Staates und der Gesellschaft ausdehnten, statt sich auf den engeren Bereich der staatlichen Herrschaftsorganisation zu beschränken. Bundespräsident Richard von Weizsäcker setzte 1992 der Parteienschelte gleichsam noch die Krone auf.

Manche Politikwissenschaftler wie Bracher sahen in der Demokratisierung der Binnenstrukturen der Parteien ein Heilmittel. Ernst Fraenkel hatte Ende der Fünfziger Jahre die These vertreten, dass gegen die Oligarchisierungstendenzen der repräsentativen Demokratie die „Demokratie in den Parteien“ gepflegt werden müsse. Innerparteiliche Demokratie wurde denn auch zum Schlagwort der Siebziger Jahre – nicht zuletzt im Gefolge von 1968 und der von der sozial-liberalen Regierung Willy Brandts ausgerufenen Demokratisierungskampagne („Mehr Demokratie wagen“). Ein zentrales Thema war die Spannung zwischen dem freien und dem imperativen Mandat der Abgeordneten bzw. Parlamentsfraktionen (Grundgesetz Art. 21 und 38).

Die Kontroverse beschäftigte jahrelang die Politikwissenschaft und unter den Parteien vor allem die SPD. Sie trug wesentlich zur Spannung zwischen der SPD und den von ihr gestellten Bundeskanzlern bei. Für die CDU hieß Demokratisierung zunächst Aufbau einer zur eigenen Willensbildung fähigen Parteistruktur. Dies geschah unter dem Parteivorsitz von Helmut Kohl seit 1973. Die Demokratisierungsbemühungen innerhalb der SPD erschienen in der Öffentlichkeit weitgehend als Rückfall in die Zeit vor dem Godesberger Programm, also in die Vor-Volkspartei-Zeit. Die Demokratisierungsanstrengungen der Union dagegen präsentierten sich als Modernisierung einer Volkspartei.

Es war kein Zufall, dass diese Jahre mit dem Gipfel der Politisierung der Wähler und der Parteimitglieder einhergingen. Bei der Bundestagswahl 1972 vereinigten CDU/CSU und SPD 90,7 Prozent der Zweitstimmen auf sich und 1976 91,2 Prozent. Die Mitgliederzahlen der SPD erreichten 1976 mit 1,022 Mio. und 1983 bei der CDU mit 735.000 ihren Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In der neuen Bundesrepublik war 1990 der Höchststand bei der CDU 789.609, bei der SPD 943.402. Danach ging es drastisch bergab.

Der Höhepunkt der Wähler- und Mitgliederpolitisierung in der alten Bundesrepublik war zugleich der Beginn einer neuen Partei, der Grünen, die 1980 zum ersten Mal in den Landtag eines Flächenlandes (Baden-Württemberg) einzogen. Die Grünen, die im Wesentlichen durch die Spaltung der SPD von unten entstanden (Bürgerinitiativbewegung und Friedensbewegung), hatten neben dem Umweltschutz vor allem die Basisdemokratie auf ihre Fahnen geschrieben.

Die etablierten Parteien (mit Ausnahme der CSU) zogen nach. Von den etwa 40 Personal- und Sachplebisziten von SPD, CDU, FDP, den Grünen und der Linken auf Bundes- und Länderebene seit 1993, als über den Bundesvorsitz der SPD eine Mitgliederabstimmung entschied, betrafen etwa die Hälfte Personalfragen, rund ein Drittel Sachthemen und der Rest Fusions- oder Koalitionsentscheidungen. Im Unterschied zu den anderen Parteien fanden CDU-Abstimmungen auf Bundesebene nicht statt.

Die Erfahrungen mit der direkten Demokratie in den Parteien sind zwiespältig. Auf der einen Seite erhalten die Mitglieder in bestimmten Fragen tatsächlich ein echtes Entscheidungs- und Legitimationsrecht, das die Herrschaft der auf den Parteitag dominierenden mittleren Funktionärsschicht schwächt. Auf der anderen Seite sind Mitgliederentscheide sehr teuer. Vor allem aber erwecken die Entscheidungen der Parteiführungen für Mitgliederpartizipation häufig den Eindruck der Willkür, je nach den Erwartungen bestimmter Ergebnisse. Sie stärken also die Parteiführungen.

Ein Beispiel für die Instrumentalisierung des Mitgliedervotums durch führende Sozialdemokraten war die Wahl des Parteivorsitzenden 1993. Nach der verlorenen Bundestagswahl 1990 (Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine, Parteivorsitzender Hans-Jochen Vogel) und nach dem Rücktritt des kurzzeitig amtierenden Parteivorsitzenden Björn Engholm konkurrierten der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Rudolf Scharping, der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder und die südhessische Bezirksvorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zeul um das Spitzenamt der SPD. Ganz offensichtlich kalkultierten Scharpings Anhänger Johannes Rau und Oskar Lafontaine, dass der von ihnen nicht gewünschte Gerhard Schröder bei einer Mitgliederbefragung geringere Chancen hätte als auf einem Parteitag. Ihre Rechnung ging auf. Rudolf Scharping gewann den Parteivorsitz mit etwa 40 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von etwa 57 Prozent. Eine Stichwahl fand nicht statt.

Scharping verlor jedoch die Bundestagswahl 1994 als Kanzlerkandidat und wurde ein Jahr später von Lafontaine auf einem Parteitag – nicht durch einen Mitgliederentscheid – gestürzt.

Mitgliederentscheiden können für die Partei schädliche Wahlkämpfe vorausgehen. Ein krasses Beispiel ist die schmutzige Auseinandersetzung zwischen Günther Oettinger und Annette Schavan um das Amt des Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg 2004. Andere Fälle demonstrieren die grundsätzliche Spannung zwischen der Mitglieder- und der Wählerorientierung. Mangelnde Wählerorientierungen können zur Skepsis der Parteiführungen gegenüber der direkten innerparteilichen Demokratie führen.

Die Politikwissenschaft betrachtet die innerparteiliche Demokratie heute im Unterschied zu den siebziger Jahren eher als binnenorganisatorisches Problem denn als kompensatorische Komponente der repräsentativen Demokratie im Sinne von Ernst Fraenkel. Robert Michels' klassische Untersuchung *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie* (2. Auflage 1925), dessen tautologische Thesen wir in den Siebziger Jahren eigentlich als obsolet verworfen hatten, feiert fröhliche Urständ. Trotz starken Mitgliederschwunds hält man daran fest, dass der Anreiz der Bürger, Mitglied einer Partei zu werden, der Wunsch nach politischer Partizipation sei. In Wirklichkeit zeigt die Mitgliederentwicklung deutlich, dass der Parteibeitritt im Wesentlichen ein nicht zuletzt emotionaler Akt der Zustimmung zu einer bestimmten Politik darstellt.

Sowohl in der Politikwissenschaft wie in der praktischen Politik das Repräsentationsprinzip vernachlässigt wird. Der 14. Artikel 38 des Grundgesetzes über das freie Mandat spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Das eklatanteste Beispiel ist das Mitgliedervotum der SPD zum Koalitionsvertrag von Union und SPD im Jahr 2013. Nur wenige Stimmen sahen darin einen Widerspruch zum freien Mandat der frisch gewählten SPD- Abgeordneten des Bundestages. Die breite Öffentlichkeit begrüßte den Mitgliederentscheid als demokratischen Akt. Die ZDF-Moderatorin Marietta Slomka wurde geradezu verspottet, als sie im *heute-journal* am 28. November 2013 dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit des Mitgliedervotums stellte. Gabriel bezeichnete den Einwand als „Quatsch“.

Das von einer Privatperson angerufene Bundesverfassungsgericht verwarf am 06. Dezember 2013

eine diesbezügliche Verfassungsbeschwerde als „unzulässig“, da es sich beim Mitgliederentscheid nicht um einen Akt der öffentlichen Gewalt handle. Das Gericht gab aber doch auch inhaltliche Hinweise. Fast zynisch kann man den Satz empfinden, dass die Mitglieder- Abstimmung den Abgeordneten nicht Verpflichtungen auferlege, „die über die mit der Fraktionsdisziplin verbundenen“ hinausgingen.

Zusammenfassend sei die These zur Debatte gestellt, dass die innerparteiliche Demokratisierung ein Stück Entparlamentarisierung beinhaltet. Das Parlament ist der Ort, wo die Parteien die von ihnen erarbeiteten Konzepte kontrovers zur Diskussion und Entscheidung stellen sollen. Innerparteiliche Demokratie kann die parlamentarische Auseinandersetzung nicht ersetzen, nur ergänzen. Die in Deutschland vorherrschende Konsenskultur des Parlaments führt allerdings zu einem Repräsentationsdefizit, das die Tür für populistische und plebiszitäre Strömungen öffnet.

***Prof. Dr. Wolfgang Jäger** (1940) studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Latein an den Universitäten Freiburg, München und an der London School of Economics and Political Science. 1969 schloss er sein Studium bei Dieter Oberndörfer mit der Promotion ab. Jäger habilitierte sich 1973 mit der Arbeit *Öffentlichkeit, Parlamentarismus und Parteienstaat. Zur Kritik an einem deutschen Demokratieverständnis*. 1974 erhielt er eine Professur für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg. Rufe an die Universitäten Köln, Tübingen und Mainz lehnte er ab. Von 1995 bis 2008 stand er als Rektor an der Spitze der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.*

Roland Freudenstein

Für einen europäischen Neuanfang

Schaut man sich das bisher schon katastrophale Jahr 2016 an, dann erkennt man, dass viel von der üblichen Europa-Rhetorik einfach nicht mehr hilfreich ist, wie Bundeskanzlerin Merkel sagen würde. Dafür einige Beispiele. Man könnte sie die Mantras der klassischen Europadebatte nennen, nach dem Sanskrit-Wort für "Klangkörper einer spirituellen Kraft, die sich durch meist repetitives Rezitieren im Diesseits manifestieren soll" (Wiki). Hier sind drei der häufigsten:

"An Krisen wächst die EU"

Das mag bisher oft der Fall gewesen sein. Aber selbst die hartgesottensten Mustereuropäer gestehen inzwischen ein, dass bei dieser Kumulation von Krisen die EU auch scheitern kann. Natürlich wird diese Möglichkeit dann wieder umgedeutet in einen Imperativ zu mehr Integration. Aber wenn die Gewissheiten von gestern nicht mehr automatisch gelten, könnte es nicht sein, dass die Rezepte von gestern auch nicht mehr weiter helfen?

"Mehr Europa!" oder: Die Metapher vom Fahrradfahrer

Dass eine Verlagerung von Kompetenzen auf die Europäischen Institutionen grundsätzlich richtig und eine immer engere Union so etwas wie eine geschichtliche Notwendigkeit seien, wurde in der Vergangenheit gern mit dem Gleichnis vom Fahrradfahrer demonstriert, der nur die Optionen hat, entweder vorwärts zu fahren oder umzufallen. Worauf die logische Antwort natürlich lautet, dass es vollkommen ausreicht, fest den Fuss auf den Boden zu stellen. Mit anderen Worten: Ein Jahrzehnt ohne Vertragsänderung würde uns vielleicht ganz gut tun. Denn jede versuchte Vertragsänderung im Moment würde bei dem spürbaren Grad an EU-weitem Dissens in der politischen Katastrophe enden.

"Wenn die Nationalstaaten verschwinden, wird alles gut"

Besonders in Deutschland hat sich dieses Mantra lange gehalten. Aber wir haben die Kraft des Nationalen unterschätzt, und die Verbindung zwischen modernem Nationalstaat und Demokratie verdrängt. Die "Vereinigten Staaten von Europa" bleiben auf absehbare Zeit Utopie. Auch wird eine Ausweitung der Gemeinschaftsmethode, also einfach gesagt, weitere Zuständigkeiten für die supranational angelegte EU-Kommission, in naher Zukunft nicht in Frage kommen. In der Eurokrise haben tatsächlich die Mitgliedstaaten im Rat an realem Einfluss gegenüber der Kommission gewonnen. Das ist zunächst einmal nichts Schlechtes. Der Glaube, dass nur supranationale Institutionen wie die Kommission rationale Politik betreiben können, führt in die Irre.

Was also tun?

Wenn die EU und ihre Institutionen Glaubwürdigkeit zurück gewinnen wollen, dann muss die EU wieder konkrete Erfolge vorweisen. Das heisst erstens: Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum. Das wird aber nicht erreicht durch eine Transferunion in der Eurozone oder durch milliarden schwere,

von der Kommission gesteuerte Investitionsprogramme wie den Juncker-Plan. Sondern durch solide Haushalte, wirtschaftliche Reformen (Arbeitsmarkt, Renten, Bürokratieabbau) und erst dann durch Investitionen in Infrastruktur, Bildung etc.

Und das heisst zweitens: spübare Erfolge bei der inneren und äusseren Sicherheit. In der Terrorismusbekämpfung müssen die Geheimdienste besser kooperieren, und bei der Stärkung einer europäischen Verteidigung müssen die Verteidigungsbudgets wieder in allen Mitgliedstaaten wachsen. Ausserdem muss dringend die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO verbessert werden. Deutschland muss sich endgültig davon verabschieden, bei der "soft power" und in der Logistik zu glänzen und sich aus Kampfeinsätzen herauszuhalten. Ohne einen Quantensprung Deutschlands bei dem legitimen Gebrauch militärischer Macht wird es keinen Fortschritt in einer EU-Verteidigungs- und Interventionskapazität geben, ohne die wir wiederum unsere Nachbarschaft nicht werden stabilisieren können.

Alle diese Schritte werden nicht möglich sein als Resultat von Druck (oder noch schlimmer: Zwang) aus Brüssel, sondern nur aufgrund von Einsicht nationaler Regierungen in die Notwendigkeiten. Eine neue Zentralisierung – z.B. als Reaktion auf den Brexit – der gesamten EU, oder auch nur eines Teils (Kerneuropa) ist weder möglich noch wünschenswert. Statt dessen täte Europa gut daran, sich auf das gute alte christlich-soziale Prinzip der Subsidiarität zurück zu besinnen. Das gilt übrigens besonders für gesellschaftspolitische Fragen wie gleichgeschlechtliche Ehe oder Abtreibung. Hier gibt es keine EU-Kompetenz, und bei aller Sympathie für die erfolgreichen Proteste in Polen gegen ein totales Abtreibungsverbot, sollte man den Euroskeptikern auf der Rechten auch nicht erlauben, eine solche zu konstruieren. Damit macht man es ihnen nur leichter, die Wut auf "Brüssel" zu schüren.

In den Debatten und Konflikten um die Frage, wer wir eigentlich in 20 Jahren sein wollen (und um nichts geringeres geht es in der Flüchtlingsdebatte) kann man gar nicht oft genug betonen: Zuhören, verstehen, kommunizieren. Wenn man Angela Merkels Vision der von Viktor Orbán gegenüberstellt, dann steht sie – in den Augen der Europäer - eher für ein multiethnisches und multireligiöses Europa, und er für ein weisses und christliches. Dabei sollten beide Visionen ein wenig mehr darauf ausgerichtet sein, die offene Gesellschaft zu erhalten. Was immer FIDESZ in Ungarn an konservativer Politik betreibt: die Rechtsstaatlichkeit muss gewahrt bleiben, egal welche Mehrheit die ungarischen Wähler der Partei beschert haben, denn zu diesem Prinzip haben sich alle Mitgliedstaaten bekannt. Und die unbeirrbaren Fans der Bundeskanzlerin sollten zur Kenntnis nehmen, dass auch ein unkontrollierter Zustrom an Migranten aus einigen der ärmsten und gewalttätigsten Regionen der Welt (und natürlich auch die Giftigkeit der Kontroverse darüber) ein Risiko für die offene Gesellschaft darstellen. Beide Seiten sollten aufhören, der jeweils anderen das Europäertum abzuspochen und für sich allein die Zukunft zu reklamieren.

Das sind die wichtigsten Elemente eines europäischen Neuanfangs, der sich von überkommenen Denkmustern löst und konkrete Fortschritte über grossartige Visionen stellt. Und der versucht, einen neuen europäischen Minimalkonsens herauszuarbeiten. Reden wir darüber, und zwar miteinander und nicht aneinander vorbei.

Roland Freudenstein (1960), *Stellvertretender Direktor des Centre for European Studies, der parteinahen Stiftung der Europäischen Volkspartei (EVP) in Brüssel und 2010-2012 Leiter der Kommission zur Formulierung des neuen Grundsatzprogramms der EVP.*

5. Dezember 2016

Klaus Preschle

CDU in der Strategiefalle ?

Ein Jahr vor der Bundestagswahl

Die Verwendung von „Union“ im Parteinamen beschreibt eine gewisse Breite für die ideelle Herkunft ihrer Mitglieder und deutet bereits an, dass sich diese auch anders, also in mehreren Parteien, hätten organisieren können. Dass es dazu nicht kam, gehört zu den großen historischen Leistungen der CDU. Man kann in der Geschichte der Partei keinen Nachweis finden, dass eine eher konservative oder eher liberale Ausrichtung zu mehr Erfolg führt. Es lässt sich aber feststellen, dass der Wille und die Fähigkeit, Union zu leben, größere Erfolge ermöglicht. In guten Zeiten sind immer Vertreter aller in der Partei vorhandenen Richtungen erfolgreich gewesen. Dass „Flügel tragen“ ist eine der wesentlichen Erkenntnisse aus der 70jährigen Geschichte der CDU.

In diesem Punkt hat sich die öffentliche Wahrnehmung der Parteiführung und der Machtbalance an der Spitze in den letzten Jahren deutlich verändert. Auch wenn die Bereitschaft, Parteivorsitz und Kanzleramt einer Person anzuvertrauen, keine Erfindung des neuen Millenniums ist, so kann doch festgestellt werden, dass Angela Merkel eine bisher in der Bundesrepublik Deutschland noch nie da gewesene Machtfülle hat. Zum einen vereint sie selbst die beiden wichtigsten Ämter; zum anderen wurden seit 2002 die nachfolgend wichtigsten Ämter, nämlich das des Fraktionsvorsitzenden und das des Generalsekretärs ausschließlich mit Politikern besetzt, die keinen eigenständigen Führungsanspruch formulieren – eine in der Geschichte der deutschen Volksparteien einmalige Situation. Die Folge: in dem Maße in dem im Zuge von Wahlniederlagen profilierte Stimmen aus den Ländern weggebrochen sind, hat sich die vermeintliche Stärke Merkels in einen Nachteil verkehrt.

In den beiden letzten Wahlkämpfen hat man darauf mit asymmetrischer Demobilisierung geantwortet, einer Abwandlung der Strategie der asymmetrischen Mobilisierung. Dabei geht es darum, das eigene Wählerpotenzial mit Profilthemen zum Wählen zu motivieren und gleichzeitig keine Wahlenreize für die Anhänger politischer Gegner zu schaffen. Man will verhindern, mit hohem Aufwand lediglich 1:1 zu spielen.

Asymmetrische Demobilisierung verzichtet hingegen weitgehend auf die Akzentuierung von Profilthemen und damit auf Identifikations-Möglichkeiten. Man mag argumentieren, dass die Strategie im Bund erfolgreich war. Doch dieser wurde mit dem hohen Preis erkaufte, dass die politische Mitte zwar angesprochen, jedoch nicht wirklich mobilisiert wurde. Die Enthaltung eigenen Wähler-Potenzials wird billigend in Kauf genommen – ein Umstand, den die AfD für sich nutzen konnte. Die CDU hat übersehen, dass die Entscheidung wer und was Mitte ist, letztlich immer das Ergebnis einer inhaltlich kommunikativen Auseinandersetzung ist.

Der NATO-Doppelbeschluss war Mitte, weil es nicht einfach um Frieden, sondern um Frieden in Freiheit ging. Auch Haushaltskonsolidierung mit zahlreichen Sozialkürzungen war Mitte, weil es um die (geistig moralische) Erneuerung und Zukunftsfähigkeit des Landes ging. Als Kohls Glanz verblasste, bringt die „neue Mitte“ Ökosteuern, Homo-Ehe und doppelte Staatsangehörigkeit; jede einzelne Position ist durchaus umstritten, isoliert betrachtet noch nicht einmal mehrheitsfähig, aber vor dem Hintergrund der als notwendig erachteten gesellschaftlichen Erneuerung mit dem Label „neue Mitte“ eben doch zustimmungsfähig für breitere Wählerschichten.

Auch die Union hat in ihrer Geschichte immer wieder erfolgreich im Kernkompetenzbereich des politischen Gegners um die Interpretationshoheit gekämpft. Die „neue soziale Frage“ oder die „Bewahrung der Schöpfung“ sind herausragende Beispiele wie durch eigene Akzentuierung erfolgreich neue Allian-

zen gebildet werden konnten, die letztlich die Erneuerung der Partei vorantrieben und die Mehrheitsfähigkeit gesichert haben.

Der Unterschied zur jüngeren Vergangenheit besteht vor allem darin, dass Themen nicht einfach „abgeräumt“ werden, in dem der Argumentation des politischen Gegners zugestimmt wird (Atomausstieg, Mindestlohn), sondern aus dem eigenen Werteverständnis heraus abgeleitete politische Projekte formuliert werden und der Wettbewerb um die Interpretationshoheit aufgenommen wird. Ein derartiges Vorgehen setzt den Glauben an die eigene Stärke voraus und ist - wenn man so will - das genaue Gegenteil von asymmetrischer Demobilisierung. So gesehen ist die CDU in jüngerer Vergangenheit eher einem Mythos Mitte nachgelaufen, als dass sie um die politische Mitte in Deutschland gekämpft hätte.

Im Juli 2016 relativierte Angela Merkel den bislang von allen Unions-Führern gebrauchten Satz, dass es „rechts von der Mitte keine andere demokratisch legitimierte Partei“ geben darf. Sie verweist auf die Notwendigkeit wertegebundener Politik. Das ist richtig (und selbstverständlich); die Aufgabe stellt sich heute jedoch nicht wesentlich anders dar, als für Kohl, Strauß und alle anderen. Diese öffentlich nur im Zusammenhang mit dem unionsinternen Konflikt kommentierte Äußerung, stellt dennoch eine ihrer wichtigeren in dieser Legislaturperiode dar, weil sie letztlich einer dauerhaften Veränderung des Parteiensystems Tür und Tor öffnen könnte. Die heftige Reaktion der Bayern ist daher wenig verwunderlich. Erstaunlich ist allemal die Unwilligkeit an der CDU-Spitze, die strategische Debatte in dieser wichtigen Frage zu führen.

Hier offenbart sich ein grundlegendes Missverständnis über das Konzept der politischen Mitte. Eine politische Partei kann die Mitte nur dadurch „besetzen“, dass sie Wähler zur Mitte hin integriert. Im Falle der Union sind dies selbstredend Wähler, die in ihrer Mehrheit als Individuen eher rechts der Mitte stehen. Dazu gehört auch ein nennenswerter Teil der gegenwärtigen AFD-Wähler. Es ist richtig, dass die Integration zur Mitte eine mühsame und oft undankbare Aufgabe ist. Doch Generationen von Unions-Politikern haben dies bislang auch als ihre staatspolitische Aufgabe betrachtet. Wer sollte sie sonst erfüllen?

Wer die politische Mitte wirklich gewinnen will, muss sie organisieren und die inhaltlich kommunikativen Auseinandersetzung aufnehmen. Dabei geht es darum, das eigene Kompetenzprofil zu nutzen und es wertegebunden in gesellschaftlich mehrheitsfähiger Art und Weise zu formulieren. Dies schließt klare und pointierte Position keineswegs aus.

Wie diesbezüglich Misserfolg organisiert wird, hat sich in der Flüchtlingskrise gezeigt. Mit „Willkommens-Kultur“ und „humanitärem Imperativ“ hat sich CDU-Politik nicht glaubwürdig beschreiben lassen. Wer in der CDU eher auf staatspolitisch begründeten Positionen, wie Schutz der Grenzen, Steuerung (Begrenzung) der Zuwanderung, Sicherheits-Überlegungen oder gar den Hinweis setzte, dass die Flüchtlinge keine Antwort auf die deutschen Bedürfnisse bezüglich Arbeits-Migration geben, sah sich unvermittelt im Begründungszwang. Das Entscheidende: Weit und breit war in der CDU niemand zu vernehmen, der aus den verschiedenen Erwägungen, die alle ihre Bedeutung und Richtigkeit haben, eine aus dem Werteverständnis der Union heraus für Wähler verständliche und zumindest bei den eigenen Anhängern mehrheitsfähige Botschaft formuliert hat. Angela Merkel wurde zur Flügelskämpferin und hat damit ihre integrative Kraft verspielt.

Um zu retten was zu retten ist, hat man vor den Landtagswahlen im Herbst 2016 auf den letzten Anker „Innere Sicherheit“ gesetzt. Doch Burka-Verbot und die Problematisierung der doppelten Staatsangehörigkeit haben in einer eher emotional aufgeladenen Situation letztlich an Probleme erinnert, die Wasser auf die Mühlen der AFD waren. Auch hier gilt: „Wer zu spät kommt ...“

Die CDU darf ihre Verankerung im Wählermarkt nicht weiter lösen, weil sie sonst auch bei anderen Themen, etwa der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, eine verstärkte Konkurrenz, in diesem Fall mit

FDP und Grünen, zu fürchten hat. Wer zustimmt, dass Wahlen in der Mitte gewonnen werden, muss akzeptieren, dass sie auch dort verloren werden. Wer nicht die Kraft aufbringen kann oder will, zur Mitte hin zu integrieren, sondern glaubt, sich dort ohne Verankerung festsetzen zu können, wird auf Dauer scheitern. Die CDU muss die Heimat von Konservativen bleiben und zu einem effektiven Flügel-Spiel zurückfinden, wenn sie erfolgreich bleiben will. Als irgendeine „mittige Partei“ wird sie nicht funktionieren. Am Ende gehen die Wähler mit dem Original.

Was ergibt sich daraus für die Bundestagswahl 2017?

Zunächst gilt es die Wahlergebnisse der letzten 10 Jahre zur Kenntnis zu nehmen. Eine beispiellose Serie von Wahlniederlagen in Ländern und großen Städten verlangt Reformen und Erneuerung.

Der Konflikt mit der CSU muss in einem gemeinsamen Verständnis von politischer Mitte enden.

Die „Alles auf Merkel“- Strategie ist nicht ausreichend für die Behauptung der politischen Mitte. Die Wiederholung eines „Raute-Wahlkampfes“ führt die Union in eine Strategiefalle.

Um die Falle zu öffnen, muss die CDU ihren gestalterischen Anspruch inhaltlich und personell überzeugend begründen. Sie muss Union wirklich leben und nach den Misserfolgen des vergangenen Jahres nachweisen, dass sie in der Lage ist, Kritik zu verarbeiten.

Die Wähler fordern im Kern eine andere Haltung, so wie sie 1998 einen Wandel in der Politik gefordert haben. Damals wäre die einzige Chance der Union gewesen, diesen Wandel selbst zu verkörpern. Sie hat sich dann letztlich dafür entschieden, Poster mit „Weltklasse für Deutschland“ zu kleben. Die Wähler stimmten zu, fanden die Botschaft in der damaligen Situation aber nicht relevant. Das Ergebnis ist bekannt.

Was den inhaltlichen Anspruch anbetrifft, spricht vieles dafür, die Profilthemen Sicherheit (national wie international), Wirtschaft- und Technologie (im Zeitalter der Digitalisierung) und Soziale Marktwirtschaft (Altersvorsorge, Chancengerechtigkeit) in den Vordergrund zu rücken.

Auf der personellen Ebene muss deutlich werden, dass Angela Merkel stärker balanciert wird. Sie ist stärker, wenn sie als ebenbürtig betrachtete Mitstreiterin hat, auch wenn dies ihre Macht sichtbar begrenzt. Es ist hilfreich, wenn dies von Landes- und Kreisverbänden offensiv eingefordert wird. Die Verbände und Vereinigungen sollten deutlich machen, dass sie sich der Gesamt-Verantwortung stellen. Der Parteitag im Dezember ist dazu eine gute Gelegenheit.

Bei allen Erwägungen sollten Koalitionsoptionen nicht im Vordergrund stehen. Die Forcierung des schwarz-grünen Projektes ohne inhaltliche und personelle Erneuerung wird letztlich nur diejenigen bestätigen, die die Vorwürfe Linksruck, Opportunismus und elitäres Machtverständnis erheben.

Wenn sich die Große Koalition für erfolgreich hält, sollte sie dies auch sagen und um ihre Mehrheitsfähigkeit kämpfen. Warum will man unbedingt zum dritten Mal in Folge vor die Wähler treten und eine von Angela Merkel geführte Regierung für unwürdig erklärt, fortgesetzt zu werden?

In einem Satz: Mut zur Erneuerung – und zwar jetzt!

Klaus Preschle (1960) ist Unternehmer und Investor. Er war von 1991 bis 2001 in leitenden Funktion in der CDU tätig, u.a. als Generalsekretär der CDU Mecklenburg-Vorpommern und Leiter des Planungsstabes der CDU Deutschlands.

Steuern mit Steuern: Kooperation statt Wettbewerb

Tritt man einmal den berühmten Schritt zurück vom Alltagsgeschäft, so drängen sich länderübergreifend „Megaprobleme“ auf: Klimawandel, Ungleichheit, dramatischer Wandel der Arbeitswelt, ansteigende Migration... Zugleich kommt es nach Jahrzehntelangen Siegeszügen in den Ursprungsländern der neoliberalen Globalisierung zu populistischen Vollbremsungen: Im Vereinigte Königreich stimmt man für den Brexit, in den Vereinigten Staaten wählt man Donald Trump zum Präsidenten. Und Deutschland? Die genannten „Megaprobleme“ beschäftigen uns ebenso wie der Anstieg populistischer Parteien. Und nun?

Eine Ursache ist die Ausweitung von „neoliberalen Marktkategorien“ in Bereiche der Gesellschaft, wo sie nichts zu suchen haben (Johannes Paul II. 2001, Paul Kirchhof 2011). Dies betrifft etwa den „Wettbewerb“: Während er im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft etwas Gutes ist, führt er ungesteuert zu Fehlentwicklungen wie Machtkonzentration, Ressourcenausbeutung und der Zerstörung von Werten, die seinem (materiellen) Wachstumsideal widersprechen. Auch in Deutschland wurde entsprechend eine „marktkonformen Demokratie“ (Angela Merkel) gefordert, wozu Standortwettbewerb ebenso gehört wie Steuerwettbewerb, letzteres sowohl im Steuerrecht und in der Steuerverwaltung:

Steuerrechtlich etwa mit der Abschaffung der Vermögensteuer, der Senkung direkter bzw. Erhöhung indirekter Steuern, dadurch eine Verlagerung der Steuerlast weg von privaten und betrieblichen Vermögen hin zu niedrigen und mittleren Einkommensbeziehern. In der Steuerverwaltung wächst der Eindruck, dass die geltenden Gesetze eben nicht bei allen gleichmäßig und gerecht angewendet werden. Nur ein Beispiel: Während abhängig Beschäftigte gegenüber der Steuerverwaltung transparent sind, müssten Bezieher hoher Einkommen und Besitzer hoher private und betriebliche Vermögen, die ihre Steuererklärung selbst erstellen, stärker kontrolliert werden: Das Deklarationsprinzip sollte durch das Verifikationsprinzip ergänzt werden (Bundesverfassungsgericht, 1991). Dies geschieht aber nicht: Die Abstände zwischen Kontrollen nehmen zu, die Gründlichkeit der Kontrollen nimmt, angesichts der Arbeitsbelastung in der Steuerverwaltung, ab.

„Steuerwettbewerb“ ist ein Widerspruch in sich: Denn konsequent zu Ende gedacht, gewinnt ihn jener Staat, der auf Einkommen verzichtet und es ist letztlich der Tod des Finanzstaates (Paul Kirchhof, 2011) und das Ende einer Umverteilung, die Härten bei Markteinkommen oder Mängel bei der Chancengleichheit auszugleichen sucht. Und: Jeder Gewinn im Steuerwettbewerb kostet Verluste anderswo, nämlich dort, wo „Steuersubstrat“ abgezogen wird. Das gilt für den Wettbewerb zwischen Kommunen, Bundesländern, OECD Staaten und Staaten der Welt (Steuerparadiese!).

Spätestens die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise verfestigte den Eindruck, dass Gewinne privatisiert, Verluste sozialisiert werden und die Gesellschaft dadurch endgültig in permanente Gewinner und Verlierer gespalten wird. Sozialen Milieus schotten sich ab, soziale Mobilität nimmt ebenso ab wie die ausgleichende Wirkung des Sozialsystems: Viele aus dem Mittelstand haben Angst, abzustiegen – nicht zu Unrecht, wenn man an die anrollende Automatisierungswelle von Industrie 4.0 denkt. Und so kommt es zu „postfaktischen Abwehrreaktionen“: Wachsende Teile der Bevölkerung ziehen sich aus der demokratischen Mitgestaltung zurück, andere werden aggressiv gegen Sündenböcke (Fremdenfeindlichkeit), andere lehnen sich in populistischen Parteien dagegen

auf, dass „die da oben Politik für die da oben“ machen und nicht für das Gemeinwesen insgesamt.

Höchste Zeit, gegenzusteuern und Märkte wieder demokratiekonform und dem Gemeinwesen dienstbar zu machen, was u.a. durch Besteuerung und zwischenstaatliche Kooperation geschehen kann:

Es ist interessant zu sehen, welchen Stellenwert Institutionen und Autoren, die sich mit der Analyse dieser Entwicklung sowie Alternativszenarien beschäftigen, Steuern einräumen: OECD, IWF, der neue Bericht an den Club of Rome, Paul Mason's „PostCapitalism“ oder Christian Felbers „Gemeinwohlökonomie“: Alle befürworten ein Drehen an Steuerschrauben. Und warum? Steuern sind eines der mächtigsten Regulierungsinstrumente, welches Staaten zur Verfügung steht. Hier ist die Kooperationszunahme bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und Konzernbesteuerung erfreulich, bei den Superreichen geschieht dies noch nicht, obwohl OECD und IWF auch hierfür seit langem Spezialabteilungen in Steuerverwaltungen fordern.

Am unmittelbar einleuchtendsten ist dies hinsichtlich der Verringerung von Ungleichheit durch eine stärkere Besteuerung von privaten und betrieblichen Vermögen. Eine Vermögensteuer honoriert dabei den Beitrag, den die Gemeinschaft am Ent- und Bestehen von Vermögen hat (Infrastruktur, Arbeitskräfte, soziale Stabilität), die Erbschaftsteuer sichert, dass Inhaber großer Vermögen nicht unverdient vor jenen bevorzugt sind, die nicht in reiche Familien hineingeboren wurden.

Daneben gibt es Steuern, die Auswüchse im Finanzbereich reduzieren (Finanztransaktionssteuer beim Algo-Trade) oder Umweltverschmutzung teuer machen sollen (CO₂ Steuern) – hier würden Einnahmen in dem Maße sinken, als die Lenkungswirkung greift. Aber genau dies wäre der Zweck.

Daneben gibt es Vorschläge, Steuerkriminalität zu bekämpfen, geltende Gesetze durchzusetzen, offene und verdeckte Steuersubventionen und –privilegierungen zu beseitigen usw., damit wieder mehr Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit im Steuerrecht gewährleistet wird.

Zusätzliche Einnahmen könnten für die Wiederherstellung sozialer Mobilität, die Reparatur der Infrastruktur und die Bewältigung von Umbrüchen durch Klima- und Arbeitsmarktwandel sowie Migration und Integration verwendet werden.

So könnte glaubhaft und spürbar der Eindruck widerlegt werden, dass „die da oben Politik für die da oben“ machen. Vertrauen könnte wieder wachsen, dass Politik nicht nur von Lobbyisten und Eliten gemacht wird, sondern auf alle Rücksicht nimmt und dass nicht nur ungesteuertes Wachstum, sondern das Wohlergehen aller, das nationale und das globale Gemeinwohl, Politik bestimmt, ohne auf Kosten zukünftiger Generationen zu gehen.

P. Dr. Jörg Alt SJ (1961) Jesuit und Soziologe, arbeitet in der Jesuitenmission Nürnberg zu den Bereichen Migration, Steuergerechtigkeit und Katholische Soziallehre. Sein Beitrag bezieht sich u.a. auf sein im Echter Verlag erschienenen Buch: „Wir verschenken Milliarden – Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt Steuergerechtigkeit und Armut“

16. Dezember 2016

Hans Langendörfer SJ
Weihnachten:

Gottes Segen – Wunsch und Wirklichkeit

Ich will ganz ohne Weihnachten beginnen – und erst später auf dieses Fest zu sprechen kommen. Das möge dem Schutz der Weihnacht vor Missverständnissen dienen und den Schutz der Leserschaft vor Vereinnahmung wahren. Ich mache dies mit Hilfe des Wortes „Segen“, von dem ich glaube, dass es zwar viel mit der Weihnacht zu tun, aber auch im „normalen“ Leben große Bedeutung hat.

Es gibt dieses religiöse Wort, das auch heute und im Alltag einfach nicht kleinzukriegen ist: das Wort Segen. Es gibt dieses Wort in religiöser und ganz säkularer Verwendung. Der Hausseggen hänge schief, meinen die einen und sagen so, dass die Verhältnisse zu Hause aus dem Lot geraten sind. Ob Angela Merkels erneute Kandidatur ein Segen sei, fragen sich andere. Dass auf neuen Rentenplänen der Ministerin kein Segen liege, wissen Dritte. Absegnen wollen sie sie nicht – wie es der pragmatische Regelfall wäre. Dazu gibt es aber auch explizit christliche Segensereignisse. Wir kennen den päpstlichen Segen Urbi et Orbi, manche kennen den Ernteseegen oder den Blasiusseegen, auch den Sterbesegen usw. Weltweit befassen sich die Kirchen mit der Frage, wer gesegnet werden solle – ob z.B. gleichgeschlechtliche Paare dazugehören oder nicht. Diese Verwendungsbreite des Begriffs lässt nach dem Sinn des Segens fragen.

Zur Phänomenologie des Segnens: Ein Segen gilt fast immer als etwas sehr Positives. Auch die religiös Unmusikalischen werden lieber mit dem Segen eines Dritten leben und handeln als ohne ihn. Warum? Der Segen enthält eine Wertung und einen Wunsch für den, der gesegnet wird. Zudem schafft er Wirklichkeit: Segen ist Wunsch und schafft Wirklichkeit.

Es ist ja nicht so, als passiere nichts Richtiges beim Segnen; als sei ein Segen nur ein vager Wunsch oder eine sehr ausgedünnte Form von Zustimmung, eine Art von facebook-„like“ für etwas oder für jemanden. Wirklich ausrichten könne er nichts. Das stimmt aber nicht, denn immer dann, wenn man etwas segnet oder „absegnet“, ist es akzeptiert. Und genauso ist es mit Personen, die gesegnet werden.

Natürlich will man nicht jedermanns Segen haben. Wieso nicht? Eben weil ein Segen verbindet, und keiner will eine unerwünschte und vereinnahmende, übergriffige Verbundenheit. Den Segen von jemandem muss man mögen, man muss in ihn einwilligen. Dann aber gilt: jemand, der gesegnet ist, fühlt sich positiv verbunden mit dem, der segnet. Der will ihn einbeziehen in ein bzw. sein Kraftfeld. Er will etwas Gutes bewirken und etwas teilen, etwas mitteilen. Wenn man es etwas steil und summarisch sagen will: Glück und Schutz und Bewahrung sollen gefördert werden.

Das beweisen die Gesten, die – religiös oder säkular - das Segnen begleiten: der Umarmung, dem Kuss, der Handauflegung, dem Kreuzzeichen. Sie unterstreichen, dass Segen etwas Kostbares und Berührendes ist.

Allerdings bleibt offen, wie weit der menschliche Segen reicht. Es bleibt vieles unklar, vor

allem in Bezug auf seine Wirkmächtigkeit. Niemand kann ja den vollen Erfolg dessen garantieren, was sein Segnen meint. Ob sich ein Segen vollständig erfüllt, ist mit dem Segenswort selbst noch nicht gesagt. Es bleibt nur die Hoffnung darauf, dass sich der Segen erfüllen wird.

Zum Segen in biblischer Tradition: Im religiösen Bereich ist der Segen zunächst einmal etwas, das Gott spendet. Es beginnt mit dem biblischen Verständnis vom Werden dieser Welt – dem Schöpfungsbericht. Vom Menschen heißt es: „Gott segnete sie und Gott sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und vermehrt euch, bevölkert die Erde.“ (Gen 1, 28) Und: „Gott segnete den siebten Tag und erklärte ihn für heilig.“ (Gen 2, 3). Das ist wichtig: Alles, was ist, wird durch Gottes Segen gutgeheißen und bejaht. Das Segnen Gottes wiederholt sich in vielen Aussagen des Alten Testaments der Bibel. Es wird auch übertragen auf den Menschen, der segnet. Sodann ist im Neuen Testament häufig vom Segnen die Rede. Von Jesus wird in einem sehr berührenden Satz gesagt, er habe Kinder um sich versammelt. Er legte ihnen die Hände auf und segnete sie (vgl. Mk 10). Vieles gehört in diese Tradition, z.B. auch die Rufe der Bergpredigt, welche die Armen und die Kranken, die Hungernden und die Dürstenden „selig“ preisen und ihnen das Versprechen geben, dass es ihnen gut ergehen wird.

Doch dann kommt das Entscheidende. Jesus Christus ist jemand, der segnet; er ist aber auch selbst in Person ein Segen. Dass jemand für mich ein Segen sei, sagen wir. Jesus ist für diese Welt ein Segen glauben Christen - der entscheidende Segen.

Segen und Weihnacht: Zunächst einmal taucht in der Weihnachtsgeschichte verschiedentlich das Motiv des Segens auf. Vor Jesu Geburt ist z.B. die Rede von Elisabeth, die mit ihrem Sohn Johannes schwanger war, also mit Johannes dem Täufer. Maria, die Mutter Jesu, die ihrerseits mit Jesus schwanger ist, besucht diese Elisabeth, mit der sie verwandt ist, und hört von ihr ein feierliches Bekenntnis: „Gesegnet bist du, Maria, mehr als alle anderen Frauen, und gesegnet ist die Frucht deines Leibes, Jesus“: das Ave Maria. Und ganz am Ende der Weihnachtsergebnisse erzählt die Bibel, dass Jesus in den Tempel gebracht wird und dort einem sehr alten Mann begegnet namens Simeon. Der segnet Maria, Josef und den Kleinen und bekundet das Baby als „das Heil“ vor allen Völkern. Später, im Abendmahlssaal und nach Ostern nimmt Jesus Brot und Wein, spricht den Lobpreis, wörtlich: er segnet, und gibt davon den Seinen. Jesus segnet – und ist ein Segen. An Weihnachten kommt in der Person Jesu der Segen Gottes in diese Welt. Das ist eine legitime Deutung des Festes.

Die Rede vom Segen ist nicht kleinzukriegen. Es gibt sie speziell auch zu Weihnachten. Zumeist wünscht man sich frohe Weihnachten oder „Happy Christmas“. Manche wünschen auch „gesegnete Weihnachten“: eine schöne Formulierung. Das Fest möge Segen bringen und den in Erinnerung bringen, der Segen ist für mich und uns. Dessen Segen alles zum Guten wenden wird – eine dem Menschen unerreichbare Wirkmächtigkeit. Wunsch und Wirklichkeit des Segens werden dann vollständig eins sein.

Ein bekanntes Segensgebet – es mag den einen ein Beispiel einer literarischen Gattung sein, anderen etwas, das sie sich gerne und gläubig sagen lassen: „Der Herr segne dich und behüte dich; der Herr lasse sein Angesicht leuchten über dir und sei dir gnädig; der Herr hebe sein Angesicht über dich und gebe dir Frieden.“ Weihnachtssegens.

Hans Langendörfer (1951) ist Jesuit. Er war Kaplan in Gießen und studierte danach Moraltheologie in Bonn. Nach verschiedenen Aufgaben im Bereich der politischen Ethik wechselte er ins Sekretariat der Deutschen Bischöfe und leitet

dies seit vielen Jahren. Seine geistlichen und seelsorglichen Interessen hat dies nie geschmälert.